

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 11

November 1951

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Zunehmende Stabilisierung von Preisen und Löhnen — Erhöhung der Bankrate — Bedenklicher Rückgang der Ausfuhr

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel; Bewilligte und durchgeführte Exporte

Der Außenhandel mit Textilien und Bekleidung

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genaue Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Internationale Wirtschaftszahlen (*Weltmarktpreise*)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Zunehmende Stabilisierung von Preisen und Löhnen — Erhöhung der Bankrate — Bedenklicher Rückgang der Ausfuhr

Die österreichische Wirtschaft steht gegenwärtig im Zeichen verstärkter wirtschaftspolitischer Bemühungen, stabile Währungsverhältnisse zu schaffen. Nachdem die gewerbliche Wirtschaft ihre Preissenkungsaktion eingeleitet hat und zwischen Finanzministerium und Banken ein Abkommen über Krediteinschränkung geschlossen wurde, hat Anfang Dezember die Österreichische Nationalbank die Bankrate von 35% auf 5% erhöht und so begonnen, durch eine Politik „teuren“ Geldes die antiinflationistischen Kräfte zu verstärken. Da auch die Gewerkschaften diese Bemühungen um Währungsstabilität durch Zurückhalten von Lohnforderungen unterstützen, vom Weltmarkt her so gut wie keine Auftriebskräfte mehr wirksam sind und erfahrungsgemäß Saisoneinflüsse die Nachfrage nach Weihnachten senken, sind zunächst — unbeschadet der im letzten Bericht angedeuteten, auf längere Sicht bestehenden Spannungen — die Voraussetzungen für eine ruhige Preis-Lohn-Entwicklung günstig.

Die Preishausse hat im Oktober ihren Höhepunkt überschritten. Im November zeigten die *Preise* im allgemeinen eine leicht sinkende Tendenz. Die Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten sind wohl von Mitte Oktober bis Mitte November

noch um 1,3% und 2,0% gestiegen (von 790 auf 800 und von 667 auf 680; 1938 = 100). Die Steigerung des Großhandelspreisindex ist jedoch vorwiegend saisonbedingt. Außerdem wurden Preissenkungen nach dem Erhebungsstichtag für Holz, Baustoffe und einige Produkte der Eisen- und Stahlindustrie noch nicht berücksichtigt. Die Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex hingegen ergab sich hauptsächlich aus der Mieterhöhung von Anfang November, die bereits durch Lohnzulagen abgegolten wurde. Schaltet man die Mieterhöhung aus, so ist der Index trotz saisonmäßigen Preiserhöhungen für Eier, Obst, Gemüse und Kartoffeln um 0,4% gesunken. Auch der vom Statistischen Zentralamt berechnete Kleinhandelspreisindex ist im gleichen Zeitraum um 0,5% zurückgegangen.

Die Herbstsaison im *Einzelhandel* war verhältnismäßig schwach. Nach dem flauen Geschäftsgang im September stiegen wohl die Umsätze im Oktober etwas stärker, vor allem im Handel mit Schuhen und Textilien. Das Umsatzergebnis beider Monate entspricht jedoch nicht den Saisonserwartungen. Im November hat die Nachfrage im Einzelhandel nach vorläufigen Meldungen neuerlich nachgelassen. Wenn auch im Dezember in Form von Weihnachtsremune-

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 578–579

Nach den endgültigen Meldungen über den Einlagenstand der Kreditinstitute betrug das *Geldvolumen*¹⁾ Ende September 16.664 Mill. S (der letzte Monatsbericht hatte es vorläufig mit 16.675 Mill. S beziffert). Im Oktober erhöhete es sich um weitere 400 Mill. S (auf 17.064 Mill. S). Der *Banknoten-umlauf* stieg um 62 Mill. S, das *Buchgeld* um 338 Mill. S²⁾. Der Geld- und Kreditapparat stellte damit der Wirtschaft allein in den letzten drei Monaten (August bis Oktober) an zusätzlichen Mitteln 14 Mrd. S zur Verfügung.

Auch im Oktober war die Zunahme des Geldvolumens hauptsächlich auf die *Ausdehnung des Kreditvolumens* der Kreditinstitute zurückzuführen, die – nach vorläufigen Zahlen – an neuen Krediten 359 Mill. S (davon 232 Mill. S Aufbaukredite) gegen 322 Mill. S im September³⁾ gewährten. Das Anfang Oktober zwischen dem Finanzministerium und den Banken abgeschlossene neue Abkommen über Kreditrestriktion konnte demnach die Kreditexpansion vorläufig noch nicht entscheidend verlangsamten. Offenbar gestatten es die Ausnahmebestimmungen des Abkommens zunächst noch vielen Banken, über 70 % ihres Einlagenzuwachses neu auszuliehen. Vor allem die Befreiung jener Institute, deren Liquiditätsreserven Ende August höher als 25 % waren⁴⁾, beeinträchtigt vorläufig den quantitativen Erfolg des Abkommens.

Die Kreditinstitute haben ihre Neuausleihungen im Oktober ohne Hilfe der Nationalbank finanziert, wenn man vom Eskont von Aufbauwechselln in Höhe von 190 Mill. S absieht, zu deren Annahme die Notenbank verpflichtet ist und die durch Counterpartfreigaben und deren Abbuchungen von der „Bundesnotenschuld“⁵⁾ gedeckt sind. Die Notenbank, von deren Eskontpolitik angesichts der erwähnten Ausnahmebestimmung des Kreditabkommens die weitere

¹⁾ Banknotenumlauf plus freie Giro Guthaben bei der Nationalbank plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten – beide ohne Guthaben von Kreditinstituten.

²⁾ Die Nationalbankgiro Guthaben öffentlicher Stellen erhöheten sich um 182 Mill. S; die Scheckkonten bei den Kreditinstituten um 156 Mill. S.

³⁾ Im September bestand die gesamte Erhöhung des Kreditvolumens aus Aufbaukrediten. Die kommerziellen Kredite haben sogar etwas (um 98 Mill. S) abgenommen. Im Oktober hingegen sind sie wieder um 127 Mill. S gestiegen.

⁴⁾ Eine Statistik über die Liquiditätsreserven der Banken wurde bisher nicht veröffentlicht. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Mehrzahl der Institute gegenwärtig noch „berschureserven“ hat.

⁵⁾ „Förderung an den Bundesschatz“ im Notenbankausweis.

Entwicklung des Geldvolumens entscheidend abhängt, ist äußerst zurückhaltend und konnte ihr Eskontportefeuille (ohne Aufbauwechsel) sogar um 89 Mill. S senken. Die Bestände an Handelswechselln, Liquiditatsstutzungsschatzscheinen und Besatzungskostenschatzscheinen gingen um 28, 5 und 56 Mill. S zurück. Außer der Weitergabe von Aufbauwechselln finanzierten die Kreditinstitute die Kreditausweitung hauptsächlich aus ihren freien Nationalbankgiro Guthaben und neuen Einlagen (die Giro Guthaben sanken im Oktober um 94 Mill. S auf 211 Mill. S, die Einlagen nahmen um 118 Mill. S zu).

Die Geldmenge wurde im Oktober außer durch die Kreditexpansion vor allem durch die Bewegung auf den *Counterpartkonten* vermehrt. Abbuchungen auf Grund von Freigaben und laufende Erloseinzahlungen senkten per Saldo die zeitlich gesperrten Guthaben öffentlicher Stellen bei der Notenbank (hauptsächlich Counterpartkonten) um 228 Mill. S. Von den freigegebenen Beträgen wurden 106 Mill. S, die zur Finanzierung von ERP-Industrieinvestitionen bestimmt sind, zunächst von der „Bundesnotenschuld“ abgebucht, die Ende Oktober auf 2.324 Mill. S zurückging. Der Rest der Freigabe wurde auf freie Nationalbankguthaben öffentlicher Stellen übertragen, die – zusammen mit sonstigen Veränderungen dieser Guthaben – im Oktober um 182 Mill. S (auf 800 Mill. S) stiegen. Aus der Bewegung der Counterpartkonten und der „Bundesnotenschuld“ ergibt sich eine Nettoausweitung des Geldvolumens um 122 Mill. S.

Expansiv auf den Geldumlauf wirkte schließlich die *Abnahme der Sparkonten* um 38 Mill. S. Der einzige restriktive Faktor war der Rückgang des im Notenbankausweis aufscheinenden *Devisen- und Valutenbestandes* um 72 Mill. S (auf 403 Mill. S).

Auf dem *Kapitalmarkt* stiegen die *Aktienkurse* (Index von 36 Industrieaktien) von Mitte Oktober bis Mitte November um 6,2 % (von 396,3 auf 420,8; März 1938 = 100) und liegen damit bereits um 50,3 % über dem Stand vor Abschluß des fünften Preis-Lohn-Abkommens (Juni 1951). Auch die Kurse festverzinslicher Werte, die eher eine rückläufige Bewegung erwarten ließen, zogen etwas an. Besonders stark (von 40,95 S auf 44,50 S per 100 S Nominale) stieg der Kurs der *Bundesschuldverschreibungen 1947*, während sich die Kurse der im Index festverzinslicher Werte erfaßten Papiere durchschnittlich nur um 0,2 % (von 89,9 auf 90,1; 28. März 1945 = 100) erhöheten. *Aufbauanleihe 1949* notierte unverändert mit 87 S per 100 S Nominale. Es ist bemerkenswert, daß die seit Jahren nur geringfügigen *Emissionen von Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen* seit Juli dieses Jahres praktisch ganz aufhörten. Die *Spareinlagen* bei

den Kreditinstituten waren. — wie schon oben erwähnt — weiter rückläufig. Seit der Zeit, die dem Abschluß des fünften Preis-Lohn-Abkommens unmittelbar voranging, beträgt der Überschuß der Abhebungen über die Einlagen bereits 142 Mill. S.

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 580—582

Die Preissenkungsaktion der gewerblichen Wirtschaft wurde im November verbreitert. Die Preise vieler gewerblicher und industrieller Produkte — vor allem Konsumgüter, vereinzelt aber auch Investitionsgüter — wurden um 3 bis 7% billiger. Da vom Weltmarkt her kaum noch Auftriebstendenzen wirksam sind, die Nachfrage in Erwartung weiterer Preisrückgänge nachläßt, die Gewerkschaften die Löhne weitgehend stabil halten, hat die Aufwärtsbewegung des Preisniveaus aufgehört, und es setzte eine Tendenz leicht sinkender Preise ein. Die Preissenkungen kommen allerdings in den Indexzahlen zunächst noch nicht voll zum Ausdruck, teils weil sie durch saisonmäßige Auftriebskräfte verdeckt werden, teils weil sie erst nach dem Stichtag der Erhebung (Mitte November) verfügt wurden.

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist in der Zeit von Mitte Oktober bis Mitte November noch um 1,3% gestiegen und erreichte mit 800 (März 1938 = 100) einen neuen Höchststand. Obwohl die Großhandelspreise für Rindfleisch etwas zurückgingen, stieg der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel wegen einer vorwiegend saisonmäßigen Verteuerung von Kartoffeln, Gerste und Hafer um 0,7% (von 684 auf 689). Bei den Industriestoffen ergaben sich Preissenkungen bei Leder, Kautschuk und Zement und Preiserhöhungen bei Baumwolle, Kupfer, Blei und Holz (Bau-, Nutz- und Brennholz). Das Ergebnis war eine Erhöhung des im Index erfaßten Preisniveaus für Industriestoffe um 2,1% auf 1.001. Unterdessen sind die Holzpreise gesenkt worden. Auch die Eisen- und Stahlindustrie hat für gewisse Produkte (Feinbleche für die Produktion von Haushaltsartikeln, bestimmte Stähle) die Preise um 6% gesenkt. Eine ganze Reihe von wichtigen Baustoffen wurde — meist um 3% — verbilligt.

Die Entwicklung des *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) zeigt deutlich eine gewisse Stabilisierung. Ohne die ab 1. November geltende Mietenerhöhung, die schon im fünften Preis-Lohn-Abkommen beschlossen und durch Lohnzulagen abgegolten worden ist, sank der In-

dex sogar erstmalig seit April 1951 wieder etwas (um 0,4%), trotz vorwiegend saisonbedingten Preiserhöhungen bei Kartoffeln, Obst, Gemüse und Eiern. Einschließlich der Mieten- und Betriebskostenerhöhung ergibt sich allerdings auch für die Zeit von Mitte Oktober bis Mitte November noch einmal eine Steigerung des Index um 2% (von 666,7 auf 680,4; April 1938 = 100).

Abgesehen von der Kostenerhöhung fürs Wohnen haben sich im Berichtszeitraum folgende im Index erfaßte Preise geändert:

	%	
Teigwaren	— 4,5	} Preissenkungsaktion
Brot	— 2,8	
Semmeln	— 4,7	
Bier	— 2,5	
Oberbekleidung	— 6,0	
Unterbekleidung	— 5,0	
Schuhe	— 5,0	
Möbel	— 7,0	
Emailgeschirr	— 5,0	
Glühlampe (40 Watt)	— 3,1	
Seife (Kern-)	— 7,3	} vorwiegend Saisonbewegung
Eier	+ 7,1	
Äpfel	+ 15,4	
Spinat	+ 4,7	
Kartoffeln	+ 22,2	} Frachterhöhung für Ruhrkohle in Deutschland
Kohle	+ 1,7	
Brennholz	+ 3,4	

Die amtlichen Fleischpreise wurden erst nach dem Stichtag der Erhebung (15. November) erhöht und können daher erst im Dezemberindex berücksichtigt werden. Sie werden den Index wahrscheinlich auch im Dezember noch steigen lassen. Die Steigerung gegen November ist jedoch fiktiv, da zu den offiziellen Fleischpreisen schon seit Monaten keine Ware erhältlich ist. Hingegen wird der Index nach der Korrektur die Teuerung gegenüber der Zeit vor dem fünften Preis-Lohn-Abkommen annähernd richtig wiedergeben, als im großen und ganzen die offiziellen Fleischpreise mit den geforderten und gezahlten Preisen übereinstimmen.

Die Preisbewegung auf den *reagiblen Märkten* war in der Berichtsperiode uneinheitlich. Von Ende September bis Ende Oktober haben die „*schwarzen*“ *Devisenkurse* weiter (um 6,1%) angezogen und einen Stand erreicht, der seit März 1949 nicht mehr beobachtet wurde. Gleichzeitig sank auch der freie Schillingkurs in Zürich um 9,6%. Seither hat der Züricher Kurs allerdings wieder etwas angezogen. Die freien *Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum sind bis Mitte November weiter gestiegen (um 3,4% auf 6,1; März 1938 = 1). Die Erhöhung ist teilweise saisonbedingt (Pelze um 12,7% teurer), teilweise auf die

Silberhausse (Silberpreis plus 4'3 %) zurückzuführen. Der freie Goldpreis fiel leicht (um 5'8 %).

Die im Zuge der Mietenregelung vereinbarte generelle Erhöhung der Löhne und Gehälter¹⁾ um 30 S pro Monat (7 S pro Woche) steigerte den Index der *Arbeiternettotariflöhne* (für Industrie und Gewerbe in Wien, Verheiratete mit 2 Kindern) von Mitte Oktober bis Mitte November um 3'1 % (von 579'8 auf 597'9; April 1945 = 100; Index ohne Kinderbeihilfen) bzw. um 2'6 % (von 705'6 auf 723'8; Index mit Kinderbeihilfen). Im übrigen sind die Löhne weitgehend stabil. Nur in einigen Berufsgruppen von geringerer Bedeutung (Weinkellereiarbeiter, Kinoarbeiter, Angestellte bei Dentisten und Zahnärzten) wurden die Löhne nachgezogen. Außerdem werden Lohnverhandlungen von den Speditionsarbeitern (außerhalb Wiens) und von Facharbeitern der Forste geführt.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 583

Obwohl die erforderlichen *Schmalzimporte* rechtzeitig abgeschlossen wurden²⁾, fehlten zur Deckung der Rationen in der 86. Zuteilungsperiode (5. November bis 2. Dezember) 265 t (15 % des Gesamtbedarfes), teils weil sich die Lieferungen durch den Streik der amerikanischen Hafendarbeiter und die belgische Ausfuhrsperrre verzögerten, teils weil ihre Qualität schlecht war. Dieser Ausfall machte sich besonders bemerkbar, weil freies Schmalz kaum erhältlich war³⁾ und sich das Defizit auf Wien, Niederösterreich und das Burgenland konzentrierte (es betrug hier 30 % des Bedarfes).

Von September bis November wurden Importe von insgesamt 5.800 t Schmalz im Werte von 2'9 Mill. \$ aus OEEC-Ländern bewilligt. Damit

¹⁾ Die Mietenbeihilfe ist vom Arbeitgeber zu zahlen, der außerdem an die Finanzbehörde 0'75 % der Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme abzuführen hat, die zur Deckung des Mietenbeihilfenaufwandes der Sozialversicherung dienen sollen.

²⁾ Schon Ende August waren Importe abgeschlossen, die den Bedarf bis Anfang Dezember decken sollten. Im September und Oktober wurde außerdem die Einfuhr von 3.175 t Schmalz genehmigt, die bis Mitte November geliefert werden sollten. Tatsächlich sind davon bis Ende November nur 825 t eingelangt; 150 t waren ungenießbar.

³⁾ Das geringe freie Angebot stammte vorwiegend aus freigegebenen Lagerbeständen an ERP-Schmalz. Der aus Schlachtungen anfallende Speck — es wurden sehr wenig Fettschweine aufgetrieben — wurde vorwiegend für die Würstherzeugung verwendet oder geräuchert, da diese Verwendungsart viel rentabler war (freier Preis für Selchspeck 30 bis 32 S, für Speck und Filz 23 bis 25 S je kg). Seit der Neuregelung der Schweinefleischpreise wird der Speck vielfach nicht abgezogen, da auf diese Weise bis zu 50 % mehr Erlöst werden kann (Speck 21 S, Fleisch 25 bis 32 S je kg).

könnte der Rationsbedarf etwa bis Mitte Februar gedeckt werden. Im Devisenverwendungsplan für Dezember wurde eine weitere Million freie Dollar für Schmalzimporte aus den USA (etwa 2.100 t) bereitgestellt. Um eine neuerliche Versorgungslücke auf alle Fälle zu vermeiden — Tempo und Qualität der Lieferungen konnten nicht vorausgesehen werden —, wurde die Schmalzration im Dezember vorübergehend von 30 dkg auf 25 dkg gekürzt. Die Kürzung konnte jedoch durch die zusätzliche Ausgabe von 10 dkg Öl mehr als ausgeglichen werden. Insgesamt werden in der 87. Zuteilungsperiode (3. bis 30. Dezember) 3.457 t rationierte Fette verteilt gegen 3.182 t in der vorigen.

Die Versorgung mit *Margarine*, *Kunstspeisefett* und *Speiseöl* ist ausreichend. Für Einfuhren von Fettrohstoffen aus OEEC-Ländern wurden in den letzten Monaten durchschnittlich 900.000 \$ zur Verfügung gestellt, wofür über 2.000 t reines Fett erhältlich sind. Außerdem kommen in Kompensation und aus den Oststaaten Öle und Ölsaaten in geringeren, stark schwankenden Mengen, die zu ungestützten Preisen frei abgegeben werden. Der monatliche Bedarf beträgt derzeit etwa 2.100 t (1.600 t für Rationen, 250 t für verarbeitende Industrien und Gewerbe, 250 t freies Öl). Aus laufenden Überschüssen sowie älteren Vorräten wurden wiederholt Sonderzuteilungen als teilweiser Ausgleich für die ungenügende Versorgung mit Schmalz ausgegeben⁴⁾.

Obwohl die Erzeugnisse der Fettindustrie durch das fünfte Preis-Lohn-Abkommen um 22 % (Margarine) bis 38 % (Öl und Kunstspeisefett) verteuert wurden und die Weltmarktpreise für Fettrohstoffe von März bis September ständig sanken, werden die Rohstoffpreise noch immer zu 60 bis 70 % gestützt (vorher durchschnittlich 80 %). Für das 2. Halbjahr 1951 werden die Importsubventionen für Fettrohstoffe auf 67'5 Mill. S (ohne Preiserhöhung wären es 90 Mill. S gewesen) veranschlagt, wovon fast 60 % aus Counterpart-, der Rest aus Budgetmitteln zu decken sind.

Das Angebot an freiem *Zucker*, das zuletzt vorwiegend aus Prämien und „schwarzen“ Importen stammte, war vor Beginn der Kampagne sehr knapp. Bei lebhafter Nachfrage (insbesondere der Weinbauern) zogen die Preise bis auf 9 S je kg (amtlicher Höchstpreis 6'50 S) an. Um den Markt zu entlasten, wurden 2.000 t Zucker zu einem Verbraucherpreis von 7'50 S (Kristall) bzw. 7'70 S (Würfel) behördlich freigegeben. Da außerdem seit Beginn der Kampagne

⁴⁾ In der 84. und 85. Zuteilungsperiode (10. September bis 4. November) wurden insgesamt 1.330 t Margarine (Reinfett), in der 87. Zuteilungsperiode (3. bis 30. Dezember) 560 t Öl zusätzlich ausgegeben.

wieder Prämienzucker auf den Markt kam und auch die Nachfrage nachgelassen hatte, stabilisierten sich die freien Preise wieder auf ihrem normalen Stand (etwa 1 S über dem amtlichen Höchstpreis).

Obwohl die heurige Zuckerproduktion gute Ergebnisse verspricht (bis 150.000 t), wurde von einer Sonderzuteilung zu Weihnachten abgesehen, da die erforderlichen Importe für die weiterverarbeitenden Industrien und Gewerbe noch nicht sichergestellt sind und außerdem die Preisdifferenz zwischen freiem und rationiertem Zucker relativ gering ist. Sollte es die Versorgungslage erlauben, will man in der Einkochzeit eine Zusatzration ausgeben.

Einfuhr und Preise von Reis

Monats- durch- schnitt	Einfuhr ¹⁾		Durchschn. Einfuhrpreis ²⁾		Ver- braucher- preis ³⁾		Index der Nahrungs- mittelpreise ⁴⁾
	g	%	S je g	%	S je kg	%	
1937.....	29.959	100'0	31'65	100'0	0'62 ⁵⁾	100'0 ⁶⁾	100'0 ⁶⁾
1948.....	2.871	9'6	232'32	734'0	2'80 ⁵⁾	451'6 ⁶⁾	318'5
1949.....	12.396	41'4	324'63	1.025'7	4'23	682'3	466'5
1950.....	27.061	90'3	407'89	1.288'8	6'93	1.117'7	491'7
1951 1. Hj.	14.449	48'2	442'93	1.399'5	7'13	1.150'0	548'0
VII.	15.757	52'6	411'18	1.299'1	7'50	1.209'7	674'6
VIII.	14.496	48'4	404'46	1.277'9	7'80	1.258'1	673'8
IX.	15.088	50'4	385'80	1.219'0	7'80	1.258'1	660'7
X.	28.953	96'6	406'07	1.283'0	7'80	1.258'1	705'7

¹⁾ Einschließlich ERP. — ²⁾ Berechnet aus der Außenhandelsstatistik. —

³⁾ Nach den Berichten des Marktamtes der Stadt Wien. — ⁴⁾ Lebenshaltungskostenindex des Institutes. — ⁵⁾ April 1938. — ⁶⁾ Durchschnitt August bis Dezember.

Die Versorgung mit *Reis* war in letzter Zeit ungenügend. Während die Einfuhr im Jahre 1950 (32.473 t) fast so hoch war wie 1937 (35.951 t)¹⁾, sank sie im Jahre 1951 auf fast die Hälfte. Das ist vor allem auf die weitgehende Aufhebung der Kompensationsgeschäfte, insbesondere mit Italien, unserem größten Reislieferanten²⁾, zurückzuführen, die nicht durch entsprechende Devisenzuteilungen³⁾ ausgeglichen werden können.

Der Rückgang der Importe war erst in den letzten Monaten stärker fühlbar, weil die Vorräte aus dem Vorjahr (bei Handel und Konsumenten) allmählich verbraucht wurden und die Nachfrage nach *Reis* wegen der relativ geringen Verteuerung zugenommen hat. Bezogen auf April 1938 war der Index der Reis-

¹⁾ Verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1937 (31.461 t) war die Reiseinfuhr im Jahre 1950 bereits etwas höher.

²⁾ Von der gesamten Reiseinfuhr stammten aus Italien im Jahre 1937 65%, 1950 76%, bis Oktober 1951 aber nur 58%.

³⁾ In letzter Zeit wurden monatlich 200.000 bis 250.000 \$ für Reiseinfuhren bewilligt (1.200 bis 1.500 t). Die zusätzlichen Importe aus Ungarn und in Kompensation wurden vor allem aus preispolitischen Gründen (diese Ware ist meist teurer) stark gedrosselt. (Im September wurde allerdings ein zusätzliches Einfuhrkontingent von 1.000 t *Reis* aus Ungarn bewilligt, um den ungarischen Passivsaldo teilweise abzubauen. Dadurch ist die Einfuhr im Oktober sprunghaft gestiegen.)

preise zwar entsprechend den stark erhöhten Einfuhrpreisen stets höher als der der übrigen Nahrungsmittel. Seit dem fünften Preis-Lohn-Abkommen stiegen jedoch die Preise für *Reis*, die weiterhin geregelt sind, weniger als die der meisten anderen Nahrungsmittel (nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes waren die Nahrungsmittelpreise im Oktober um 28'8%, die der Reispreise dagegen nur um 9'4% höher als im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1951). Allerdings wurden in letzter Zeit vereinzelt auch Preise gefordert, die ebenfalls um etwa 30% höher waren als im Durchschnitt des ersten Halbjahres⁴⁾.

Das erfaßte Angebot von *Schweinefleisch* in Wien stieg in der zweiten Novemberhälfte sprunghaft fast auf das Dreifache, war allerdings — vorwiegend wegen kleinerer Importe — noch immer um 24% geringer als vor einem Jahr⁵⁾. Die merkliche Zunahme der Marktbelieferung beruht teils auf dem saisonbedingt größeren Anfall von Schlachtschweinen, teils auf den verschiedenen Lenkungsmaßnahmen (Marktzwang, Abgabe verbilligter Futtermittel), insbesondere aber darauf, daß bei den neuen Verbraucherpreisen auch die Produzenten (um 2 bis 3 S) mehr als den amtlichen Höchstpreis erzielen konnten. (Die Höchstpreise für Schlachtschweine auf dem Wiener Markt wurden nur um 1'50 S je kg erhöht, die Großhandelspreise für tote Ware aber um 4'50 S und die Verbrauchspreise für Fleisch je nach Sorte um 5 bis 8 S je kg.)

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 588

Der seit Beginn des Jahres 1949 steigende Trend der *Schweinehaltung* wurde im September 1951⁶⁾ unterbrochen. Die saisonmäßige Bestandszunahme von Juni bis September (8%) war die niedrigste seit 1946 und um ein Viertel bis ein Drittel kleiner als bei unveränderter Schweinehaltung. Der Gesamtbestand erreichte daher mit 2'40 Mill. Stück nur knapp den Umfang des Vorjahres (2'41 Mill.) oder 85% von 1939 (2'91 Mill.). Wohl waren mehr Mast- und Jungschweine als im Vorjahre vorhanden (+ 11%, + 1%), dagegen weniger Ferkel und Zucht-

⁴⁾ Diese Ware stammte in der Regel aus Importen aus Ungarn oder Kompensationsgeschäften, bei denen der Importpreis nicht genau überprüft werden kann.

⁵⁾ Im Wochendurchschnitt hat das Wiener Marktamt in der zweiten Novemberhälfte die Anlieferung von 7.282 Schweinen (davon 275 aus dem Ausland) erfaßt, gegen 2.539 (0) in der ersten, 3.910 (567) im Oktober und 9.614 (2.547) im November 1950.

⁶⁾ Die Angaben beziehen sich auf die Zählung vom 3. September 1951.

sauen (-11%, -3%). Da überdies um 8% weniger Sauen trüchtig waren, wird auch der saisonmäßige Zuwachs bis Dezember niedriger als im Jahre 1950 sein. Unter der Voraussetzung, daß heuer die Tiere für den Markt weder geringer noch schwerer ausgemästet werden, wird der Schweinebestand im Dezember wahrscheinlich um 100.000 Stück oder 4% unter dem Dezemberstand 1950 liegen.

Schwankungen des Schweinebestandes in Österreich¹⁾

Tierart	Bestand im III. Quartal				
	1947	1948	1949	1950	1951
± Veränderungen gegenüber dem III. Quartal des Vorjahres in %					
Ferkel	+ 13'7	- 6'4	+ 32'6	+ 51'4	- 10'9
Jungschweine.....	+ 2'3	+ 1'7	+ 13'8	+ 55'2	+ 1'5
Zuchtsauen.....	+ 26'6	- 7'3	+ 11'1	+ 8'5	- 3'1
davon trüchtig.....	+ 47'3	- 13'8	+ 32'6	+ 5'2	- 8'1
Schlacht- und Mastschweine	+ 39'4	+ 8'9	- 9'9	+ 22'5	+ 11'4
Schweine insges. ...	+ 16'8	+ 0'5	+ 9'5	+ 38'0	- 0'3

¹⁾ Berechnet nach den Angaben des Österr. Statistischen Zentralamtes.

Gegenwärtig läßt sich kaum beurteilen, ob die Ferkelnachzucht gehalten, intensiviert oder noch weiter gedrosselt werden wird. Der Stock an Zuchtschweinen wäre noch immer groß genug, eine höhere Produktion ohne Anlaufzeit wieder einzuleiten. Der saisonmäßige Rückgang der Zahl der trüchtigen Tiere (17%) war heuer sogar geringer als sonst — das Jahr 1949 ausgenommen, wo eine stark erhöhte Produktion anlief —, während die Zahl der Zuchtsauen um 2% stieg.

Saisonbewegung des Schweinebestandes in Österreich¹⁾

Tierart	Bestand im III. Quartal					
	1946	1947	1948	1949	1950	1951
± Veränderungen gegenüber dem II. Quartal des gleichen Jahres in %						
Ferkel.....	+ 15'5	+ 14'9	+ 5'9	+ 10'5	+ 3'7	- 4'0
Jungschweine....	+ 20'8	+ 2'1	- 8'7	+ 8'7	+ 19'7	0'0
Zuchtsauen.....	- 7'6	- 8'1	- 5'5	0'0	- 6'1	+ 1'7
dav. trüchtig ...	- 22'7	- 18'5	- 21'0	- 9'1	- 19'1	- 17'3
Schlacht- und Mastschweine...	+ 76'3	+ 100'9	+ 96'2	+ 110'1	+ 80'5	+ 52'0
Schweine insges. ...	+ 22'8	+ 18'6	+ 13'2	+ 22'0	+ 19'0	+ 8'4

¹⁾ Berechnet nach den Angaben des Österr. Statistischen Zentralamtes.

Andererseits ist jedoch die Futterdecke für eine verstärkte Schweinezucht viel zu kurz! In den letzten fünf Monaten wurden durchschnittlich nur 8.669 t Mais und Gerste importiert gegen 29.233 t pro Monat im ersten Halbjahr 1951 und einem vorgesehenen Import von 38.250 t pro Monat im Wirtschaftsjahr 1951/52. Der Mangel an ausländischen Futtermitteln treibt die freien Preise für inländisches Futtergetreide in die Höhe. Ende November wurde Hafer¹⁾ ebenso hoch bezahlt wie Weizen (210 S je 100 kg), die Preise für Gerste¹⁾ (230 S) und Inlandsmais (250 S) waren teilweise noch beträchtlich höher.

¹⁾ Die amtlichen Preisnotierungen der Börse für landwirtschaftliche Produkte liegen zwar niedriger, doch ist Ware zu diesen Preisen nicht zu haben. Inlandsmais notierte bis Ende November nicht.

Die hohen Preise für inländisches Futtergetreide drücken die Rentabilität der Schweinemast. Der Ertragsindex — Verhältnis des Großhandelspreises von Inlandsmais zu Schweinefleisch — erhöhte sich trotz steigenden Maispreisen auf Grund hoher Schweinefleischpreise von 9'6 im September auf 10'0 im Oktober, sank jedoch im November infolge rückläufiger Fleischpreise und hoher Maispreise auf 8'4. Die Ertragslage dürfte in den nächsten Monaten eher noch ungünstiger werden. Von der Preisseite her fehlt jedenfalls der Anreiz zu einer Ausweitung der Produktion.

Die Lage auf dem Schlachtschweinemarkt hat sich in den letzten Wochen saisongemäß fühlbar entspannt. (Das Schweineangebot ist im Winter und in den ersten Frühjahrsmonaten saisonbedingt am höchsten.) Wenn sich auch die neuen Höchstpreise für Lebendschweine ab Hof des Produzenten (12 bis 12'50 S je kg je nach Bundesland) und für den Großhandel (13 bis 14 S je nach Markt) bisher noch nicht voll durchgesetzt haben, so sind doch die effektiven Marktpreise ab Hof in der Umgebung Wiens von 16 bis 18 S im Oktober auf 14 bis 15 S im November zurückgegangen²⁾. Die saisonmäßig zu erwartende weitere Steigerung des Schweineangebotes sowie die forcierte Fleischeinfuhr lassen es möglicherweise erscheinen, daß die amtlichen Höchstpreise zu echten Marktpreisen werden, sofern die Konsumdrosselung nicht vorzeitig gelockert wird.

Der Mangel an ausländischen Futtermitteln und die hohen Preise für inländisches Futtergetreide verleiten nach wie vor dazu, Brotgetreide, Milch und Erdäpfel in relativ größeren Mengen, als das sonst üblich war, zu verfüttern.

An Brotgetreide wurden zwar bis 31. Oktober 1951 nach den Angaben des Getreideausgleichsfonds 138.286 t, davon 52.746 t Roggen und 85.840 t Weizen, auf den Markt gebracht gegen 124.050 t (48.680 t, 75.370 t) zur gleichen Zeit des Vorjahres, also um 11% mehr. Da aber bis Ende Oktober 1949 und 1950 51 und 56% der gesamten, in den betreffenden Wirtschaftsjahren verkauften Brotgetreidemengen abgesetzt waren, dürfte bis Ende Juni 1952 nur eine Marktleistung von 250.000 bis 270.000 t zu erwarten sein. (Daß die Marktleistung höher sein wird, ist wenig wahrscheinlich, eher noch, daß sie etwas zurückbleibt, zumal da heuer das billigere Auslandsgetreide für Schlachtschweine abgegeben wird an Stelle von Brotgetreide im Vorjahr.) Es dürfte somit

²⁾ Dementsprechend mußte z. B. auf dem Schlachtschweinemarkt in Wien (St. Marx) ineffizient immer noch ein „Aufgeld“ von 2 bis 3 S zu dem festgesetzten Höchstpreis (14 S) bezahlt werden.

weder die auf Grund von Ernte und Eigenverbrauch der Landwirtschaft errechnete (370.000 t), noch die den Ernährungs- und Importplänen zugrunde gelegte Brotgetreidemenge (320.000 t) auf den Markt kommen. Man wird daher gezwungen sein, mehr Getreide als vorgesehen einzuführen. Ebenso ist die unbefriedigende Milchlieferung an die Molkereien weniger auf einen Rückgang der Produktion zurückzuführen — diese wurde von den amtlichen Stellen bisher sogar höher geschätzt als im Vorjahre —, als vielmehr auf die hohen Kraftfutterpreise, die eine zunehmende Magermilchfütterung und den Verkauf von Landbutter begünstigen, und z. T. auch auf den zunehmenden Direktverkauf von Milch ab Hof.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 584—585

Die Stromerzeugung ging im Oktober weiter leicht zurück (—1,6%), war aber mit 481 Mill. kWh um 10,6% größer als im gleichen Monat des Vorjahres. Die anhaltende Trockenheit erforderte eine bisher noch nie erreichte kalorische Monatserzeugung von 180 Mill. kWh (Oktober 1950: 123 Mill. kWh), das ist doppelt soviel, wie bei normaler Wasserführung der Flüsse notwendig gewesen wäre. Besonders stark ging die Stromproduktion der Laufwasserwerke zurück (—31%), während die Erzeugung der Speicherwerke auf Kosten der Wasservorräte auf dem vormonatlichen Niveau gehalten wurde.

Da zur Schonung der Kohlenvorräte die Energieerzeugung aus Erdgas und Heizöl forciert wurde, verringerten sich die Brennstoffvorräte im Berichtsmonat in den Dampfkraftwerken verhältnismäßig nur gering und betragen am 31. Oktober noch 210.739 t Kohle (Steinkohlenbasis) und 3.701 t Heizöl (Ende September 218.000 t und 4.400 t).

Der Stromverbrauch erreichte im Oktober mit 425 Mill. kWh einen neuen Höchststand und war um 60 Mill. kWh größer als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Stromimport beschränkte sich im Oktober auf 2 Mill. kWh. Die Exporte verringerten sich der Jahreszeit entsprechend auf rund 51 Mill. kWh.

Am 13. Oktober wurde im Dampfkraftwerk Simmering ein neuer Turbosatz mit einer Höchstleistung von 35 MW in Betrieb genommen. Der Ausbau des Ranna-Kraftwerkes (Mühlviertel) wird voraussichtlich noch in diesem Jahre abgeschlossen.

Die inländische Kohlenförderung ist auch im Oktober weiter gestiegen und erreichte mit 247.335 t (SKB) einen neuen Höchststand. Vom Jänner bis Oktober d. J. wurden 2.212.939 t Kohle (SKB) gewonnen, das sind um 22,4% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Kohleneinfuhren waren im Oktober wegen der starken Erhöhung der Lieferungen aus den USA mit 589.255 t (SKB) um 41,2% höher als im Vormonat. Der amerikanische Anteil an der Gesamteinfuhr von Steinkohle ist mit 231.398 t (39,3%) am größten; es folgen die Ruhrimporte (30,3%) und Lieferungen aus Polen (18,9%).

Zusammen mit den Lieferungen des inländischen Kohlenbergbaues standen der österreichischen Wirtschaft im Oktober 809.509 t (SKB) zur Verfügung, um 30,3% mehr als im September.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten S. 586—591

Die Industrieproduktion stieg im September trotz saisonbedingten Rückschlägen in der Metall-, Baustoff- und Nahrungsmittelindustrie um 3,4%. Der Gesamtindex erreichte mit 171,4% von 1937 den bisher zweithöchsten Stand seit Kriegsende. Nach bisher vorliegenden Daten dürfte sich das Produktionsniveau im Oktober gehalten oder zum Teil sogar leicht erhöht haben. Die saisonbedingten Rückgänge, vor allem in der Baustoff- und Metallindustrie, werden sich naturgemäß verstärken.

Die Produktionsmittelerzeugung hat im September um 3,2% zugenommen. Der Konsumgüterindex stieg infolge Erhöhung der Chemie- und Textilproduktion um 4,8% auf 129,0% von 1937. Da auch die Zahl der Beschäftigten im September nur um 0,6% zugenommen hat, ist der Produktivitätsindex auf 101,4% von 1937 gestiegen.

Für die Bergbauproduktion liegen bereits Oktobermeldungen vor; sie stieg um 5,5% und erreichte mit 174,2% von 1937 den bisher höchsten Monatsstand. Die Förderung von Eisenerz, Blei/Zinkerz, Kupfererz und Antimonerz sowie einiger anderer Produkte erreichte im Berichtsmonat Höchstwerte.

In der Magnesitindustrie ist die Erzeugung im Oktober in allen Sparten — außer Sintermagnesit — leicht gestiegen.

Der Produktionsindex der eisenschaffenden Industrie stieg im Oktober um nahezu 11%. Die Erzeugung, besonders an Rohstahl, Stahl und Walzware, ist beträchtlich gestiegen. Der Bestellungseinlauf nimmt noch ständig zu.

Die österreichischen Edelstahlwerke sind mit Aufträgen reichlich versehen. Die Septemberausfuhr konnte trotz Knappheit an Legierungsmetallen gesteigert werden.

Im Oktober wurden die Empfehlungen der International Material Conference hinsichtlich der Verteilung von Wolfram, Molybdän, Kobalt und Nickel im IV. Quartal 1951 bekanntgegeben.

Die Produktion der *Metallhütten* ging im September saisongemäß um rund 28 % zurück. Infolge der reduzierten Stromlieferung sank die Produktion der Aluminiumhütten Ranshofen und Lend auf 2.591 t. Im Aluminiumwerk Lend (Salzburg) wurde eine neue Schmelzanlage in Betrieb genommen. Die Produktion von Blei und Kupfer hat sich gegenüber dem Vormonat nicht viel geändert.

Die Metallhalbzeugindustrie klagt über Mangel an Rohmetallen. Einsatzfähiges Altmetall sei überhaupt nicht aufzubringen.

Bei den Österreichischen Metallwerken in Ranshofen wurde die Produktion von Furaldächern aufgenommen. Es handelt sich um ein neuartiges Dachmaterial aus Aluminium-Mangan, das gegen Witterungseinflüsse besonders widerstandsfähig ist.

Die *Gießereiproduktion* stieg auch im September um weitere 7 % und erreichte den bisher höchsten Stand. Im III. Quartal ist trotz Schwierigkeiten in der Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen die Erzeugung gegenüber dem I. und II. Quartal 1951 weiter gestiegen. Der Bedarf an Grauguß wächst ständig, die Lieferfristen werden länger. Die Koksvorräte der Betriebe sind in der letzten Zeit stark zurückgegangen, weil die Kokerei Linz mangels geeigneter Kokskohle drei Wochen lang keinen Gießereikoks erzeugen konnte. Auch Gußbruch ist knapp, weil das Angebot trotz Preiserhöhung um 40 % zurückgehalten wird.

Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Produktionsindex der *Fahrzeugindustrie* stieg im September um 43 %. Der Assemblingbau von Personenkraftwagen hat sehr stark zugenommen. Auch die Traktorenproduktion war höher. In den anderen Sparten sind leichte Rückgänge zu verzeichnen.

Die langen Liefertermine für Walzware zwingen die Erzeugerfirmen, teilweise schneller greifbares Material zu Überpreisen zu kaufen.

In letzter Zeit wurden bedeutende Auslandsaufträge auf Lieferung von komplett karossierten Autobussen an die Saurer-Werke vergeben.

Die Lohner-Werke haben einen neuen Motorroller – Modell 1952 – in Serienproduktion genommen. Das verbesserte Modell soll auch exportiert werden. Die zweite in Österreich geplante Produktion von Motorrollern bei den Steyr-Daimler-Puch-Werken dürfte kaum vor Mitte des kommenden Jahres anlaufen.

Der Produktionsindex der *Maschinenindustrie* stieg im September wieder um 6 % auf 218,8 % von 1937. Die Entwicklung war in den einzelnen Sparten uneinheitlich.

Einen beachtlich hohen Produktionsstand weist die Landmaschinenerzeugung auf. Die Sensenindustrie hat wieder aufgeholt. Einige größere Geschäftsabschlüsse werden in diesem Zweig für die nächsten Monate eine beachtliche Besserung der Lage mit sich bringen.

Die österreichische Textilmaschinenherzeugung wird demnächst durch die große Serienerzeugung von Schwabe-Webstühlen beträchtlich gesteigert werden. Das neue Werk in Hall in Tirol wird bestens ausgerüstet sein.

Die Eisenwaren- und Metallwarenindustrie klagt über Exportschwierigkeiten, weil die Preissteigerungstendenzen im Inland die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, wo die Preise eher sinken, verringern.

In der *Elektroindustrie* nahm die Produktion um 33,3 % zu. Der Auftragseinlauf hat sich in der letzten Zeit weiter günstig entwickelt. Die Lieferfristen werden länger: Vormaterialien, vor allem Walzware, Trafobleche und Kupfer, sind knapp. Die Versorgung mit Blei ist etwas weniger angespannt. Der Bedarf wird außer durch die Bleiberger zum Teil durch Importe aus Jugoslawien gedeckt. Die Exportlage für Investitionsgüter, insbesondere der Starkstromindustrie, ist günstig. Hingegen ergeben sich bei den Produkten der Konsumgüterindustrie auf den Auslandsmärkten schon empfindliche Preisschwierigkeiten.

Der Index der *chemischen Industrie* stieg im September, nach dem vormonatlichen Rückgang, um 15,1 %. Die Erzeugung von Kautschukwaren, die im August wegen Urlauben eingeschränkt worden war, holte im September wieder auf. Aber auch von den anderen Produkten wurde mehr erzeugt. Die Produktion von Zellwolle wurde seit Mai kontinuierlich auf 120 t täglich gehalten. Die Versorgung mit Chemikalien und Zellulose ist gesichert.

Am 4. Oktober ist die Erzeugung von Viskosefolien in Lenzing angelaufen. Der neue Artikel wird unter der Marke „Austrophan“ auf den Markt kommen. Auch die Maschinen für die Weiterverarbeitung sind bereits in Betrieb.

Die Versorgung mit Schwefelsäure war in den letzten Monaten zufriedenstellend. In der Steiermark wurde die Erzeugung von Essigsäure aufgenommen. Die Produktion reicht jedoch noch nicht zur Versorgung des Inlandsmarktes aus.

Wegen der ständigen Schwierigkeiten in der Versorgung mit Stangenglas werden die Gablonzer Glaswarenerzeuger die Herstellung selbst aufnehmen. Das neue Werk in Rohr in Oberösterreich soll zu Beginn 1952 in Betrieb genommen werden. Das Er-

zeugungsprogramm wird um 4–5 Farben erweitert, wodurch sich die Exportchancen vergrößern.

Die *Baustoffproduktion* ging saisongemäß – vor allem in den Ziegeleien – um 4,6% zurück.

Die *Zementherzeugung* erreichte im Berichtsmonat ihr bisheriges Maximum. Die Brennstoffversorgung ist schwierig und verteuert die Kosten.

Die *Papierindustrie* erreichte im September ihre bisher höchste Monatsproduktion. Der Gesamtindex beträgt 111,9% von 1937. Bei Zellulose und Papier wurden Höchstwerte erzielt.

Die *holzverarbeitende* Industrie ist gut beschäftigt. Der Auftragsstand reicht teilweise für mehrere Monate. Ebenso ist die Sperrholz-, Paneelplatten- sowie die Fournierindustrie gleichmäßig gut beschäftigt. Die Faserplattenerzeugung ist vor allem mit ERP-Krediten ausgebaut worden. Dadurch wird eine bessere Abfallverwertung und Exportsteigerung ermöglicht. Die Kistenindustrie arbeitet vor allem an Exportaufträgen.

Die Erzeugung der *Textilindustrie* stieg im September um weitere 11,1%. Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Index erreichte mit 119,9% von 1937 den bisher höchsten Stand. Vor allem die Erzeugung von Schafwollgarn und Schafwollgeweben, aber auch Kunstseidengeweben und Strick- und Wirkwaren erreichte Höchstwerte.

Die *Leder- und Schuherzeugung* hat im September um 17% zugenommen. Seit etwa Anfang November besteht in der Schuhindustrie Absatzstockung.

Das Geschäft mit Ledertreibriemen und technischen Lederartikeln ist befriedigend. Auch die Beschäftigung der Lederwaren- und Kofferindustrie ist zufriedenstellend und dank dem Weihnachtsgeschäft gestiegen.

Der Produktionsindex der *Nahrungsmittelindustrie* ging vor allem wegen der saisonbedingt niedrigen Bierproduktion um 7,4% zurück.

Die *Tabakerzeugung* stieg im Oktober durch die Mehrererzeugung von Zigaretten, Zigarren und Rauchtobak um insgesamt 2,7%.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 592

Dem schwachen Saisonbeginn im September folgte im Oktober eine stärkere Geschäftsbelegung. Die gesamten Einzelhandelsumsätze stiegen um 23%. Trotzdem blieb das Herbstgeschäft (September und Oktober zusammen) in den meisten Branchen selbst bei erhöhten Preisen schwächer, als saisonmäßig zu erwarten gewesen wäre.

Im Oktober wurden nur die im September (wegen des außergewöhnlich schönen Wetters) auf-

geschobenen Käufe teilweise nachgeholt; auch Währungsgerichte dürften die Nachfrage belebt haben. Im November gingen die Umsätze nach vorläufigen Meldungen wieder zurück.

Die Umsätze stiegen im Oktober in den einzelnen Betriebsformen und Branchen ungleich stark; bei den Warenhäusern um 60%, bei den Konsumgenossenschaften um 20% und im Fachhandel um 22%. Besonders stark erhöhten sich die Umsätze von Schuhen und Textilien. Die Umsätze von *Textilien* nahmen um 53% (saisonmäßig etwa 60%), die von Schuhen um 43% (15%) zu und waren auch mengenmäßig bedeutend höher als im Oktober 1950. Zunehmend werden mittlere Qualitäten bevorzugt.

Auch bei *Möbeln, Teppichen, Gardinen* (+ 26%) und *Hausrat, Glas, Porzellan* (+ 30%) nahmen die Käufe mehr als saisonmäßig (+ 14%) zu; trotzdem wurde der Umsatzausfall vom September nicht ausgeglichen. Die Erlöse aus dem *Lebensmittelgeschäft* nahmen teils infolge von Preissteigerungen, insbesondere aber infolge übersaisonmäßig lebhafter Nachfrage um 13% zu; die Mengenumsätze von Oktober 1950 wurden überschritten. Die Käufe von *Tabakwaren* gingen weniger als normal zurück (– 4%, im Vorjahr – 7%) und waren mengenmäßig um 18% höher als im Oktober 1950.

Relativ schwach war die Geschäftsbelegung in der Gruppe „*Sonstiges*“ (+ 11%), obwohl in diesen Branchen vereinzelt schon Weihnachtskäufe (insbesondere von *Spielwaren*) getätigt wurden. Die Umsätze von *Papierwaren* nahmen trotz Preiserhöhungen nur um 9% zu. Die Käufe von *Drogerie- und Parfümeriewaren* waren um 6%, die von *Lederwaren* nur um 1% höher als im Vormonat; die Mengenumsätze von Oktober 1950 wurden in beiden Branchen nicht erreicht.

An *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) gingen im Oktober 378 Mill. S ein, um 10% mehr als im Vormonat und um 89% mehr als im Oktober 1950. Die Veränderung gegen den Vormonat entspricht weitgehend dem Verlauf der Einzelhandelsumsätze im September (+ 9%). Der Zuwachs gegen das Vorjahr ist hauptsächlich auf die erhöhten Steuersätze (um durchschnittlich 40 bis 50%) und auf das höhere Preisniveau zurückzuführen. Die Mengenumsätze dürften nur in den vorgelagerten Stufen stärker gestiegen sein (im Einzelhandel wurde im September das Umsatzvolumen des Vorjahres nicht erreicht).

Die Einnahmen an *Verbrauchssteuern* waren im Oktober mit 130 Mill. S um 3% geringer als im Vormonat. Vor allem haben die Eingänge an *Tabaksteuer* (– 5%), *Zuckersteuer* (– 25%), *Salzsteuer*

(-18%) abgenommen. Dagegen erhöhten sich die Erträge der Biersteuer entgegen den Saisonervartungen um 14% (im Vorjahr -22%) und die der Weinsteuer um 43%.

Der Kinobesuch in Wien, dessen Rückgang im I. Halbjahr 1951 zum Stillstand gekommen schien, nimmt in den letzten Monaten, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, wieder ab. Während im I. Halbjahr 1951 um 4% mehr Besucher als vor einem Jahr gezählt wurden, waren es im III. Quartal wieder um 7% und im Oktober um 5% weniger. (Der Fassungsraum der Wiener Kinos ist derzeit mit rund 89.000 Sitzen um 7% höher als vor einem Jahr.) Diese Entwicklung scheint weniger auf die letzte Erhöhung der Kinopreise im August (um durchschnittlich 25%) und die geschwächte Kaufkraft zurückzuführen zu sein, als auf eine allmähliche Rückkehr zum Theaterbesuch. Die Wiener Privattheater - für die Bundestheater liegen keine laufenden Ergebnisse vor - zählten im I. Halbjahr um 17%, im III. Quartal um 10% und im Oktober um 8% mehr Besucher als im Jahre 1950. Im Durchschnitt wurde zuletzt um 42% mehr für einen Theatersitz ausgegeben als im Vorjahr.

Fassungsraum, Besuch und Eintrittspreise der Wiener Lichtspielbetriebe und Privattheater¹⁾

	Lichtspielbetriebe			Privattheater		
	Verfügbare Sitzplätze	Besucher 1.000 Pers.	Durchschnittlicher Eintrittspreis ²⁾ S	Verfügbare Sitzplätze	Besucher Pers.	Durchschnittlicher Eintrittspreis S
Ø 1948	79.777	4.395	1'67	12.164	190.901	10'33
Ø 1949	80.315	4.137	1'89	11.045	172.899	10'00
Ø 1950	83.510	3.917	2'33	9.168	126.381	9'46
Ø 1950 I. Hj.	82.001	4.046	2'25	10.293	141.642	9'66
III. Quart.	83.277	3.511	2'25	6.559	51.200	8'85
X.	85.851	4.259	2'41	9.528	146.216	8'63
Ø 1951 I. Hj.	88.612	4.205	2'75	9.490	165.481	10'04
III. Quart.	88.900	3.263	3'22	6.633	56.052	12'55
X.	89.377	4.060	3'50	7.946	157.535	12'43

¹⁾ Nach Angaben der Magistratsabteilung für Vergütungssteuer. — ²⁾ Einschließlich Kulturzuschüssen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 593—597

Die Zahl der Beschäftigten stieg im Oktober noch um 2.800 (im Vorjahr um 2.600) und erreichte mit 2.051.100 einen neuen Höhepunkt in der Nachkriegszeit und wahrscheinlich auch den höchsten Stand im Jahre 1951. Die Zunahme war vorwiegend einem höheren Beschäftigtenstand in Industrie und Gewerbe zu danken, die 5.200 neue Arbeitskräfte aufnahmen. Die Zahl der öffentlichen Bediensteten stieg nur geringfügig, während die Landwirtschaft saisongemäß 3.500 Arbeitskräfte entließ.

Die Zunahme der Beschäftigung konzentrierte sich auf die industrieeintensiven Bundesländer Wien,

Niederösterreich und Oberösterreich. In den anderen Bundesländern sinkt der Beschäftigtenstand infolge des Abklingsens der landwirtschaftlichen und der Fremdenverkehrssaison schon seit September. Der Rückgang hielt sich aber in allen Bundesländern in engen Grenzen. Insgesamt nahm die Beschäftigung von Ende August bis Ende Oktober in den drei oben genannten Bundesländern um 16.500 zu, in den übrigen sechs Bundesländern um 12.600 ab.

Beschäftigtenstand nach Bundesländern

Bundesland	August	September	Oktober
	in 1.000 Personen		
Wien	624'4	632'5	637'0
Niederösterreich	301'7	301'9	303'2
Steiermark	300'6	300'4	300'0
Kärnten	134'4	131'7	129'9
Oberösterreich	303'9	304'7	306'3
Salzburg	106'7	106'4	105'4
Tirol	111'8	109'3	108'4
Vorarlberg	67'3	66'7	66'1
Burgenland	34'4	33'3	32'8

Trotz zunehmender Beschäftigung stieg im Oktober auch die Arbeitslosigkeit, und zwar um 3.900 (3.200 im Vorjahr) auf 72.100 Personen. Der Zustrom zum Arbeitsmarkt hält sonach an. Im Oktober stieg die Arbeitslosigkeit bereits in allen Bundesländern mit Ausnahme Wiens, wo sie erst in der ersten Novemberhälfte zunahm. Die stärksten Steigerungen hatten Niederösterreich (+ 1.278 Arbeitslose), Steiermark (+ 652) und Kärnten (+ 596) aufzuweisen. Bergleute, Metall-, Leder-, Textil- und Bekleidungsarbeiter, Papier- und Verkehrsarbeiter blieben verschont. Sie waren Ende Oktober bei den Arbeitsämtern in geringerer Zahl vorgemerkt als Ende September. Hingegen stieg die Arbeitslosigkeit in den anderen Berufen; so hat sich die Zahl der arbeitslosen Steinarbeiter im Oktober mehr als verdoppelt, sie blieb jedoch mit 648 noch immer weit unter dem Stand vom Oktober 1950 (1.110). Auch die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter nahm im Oktober etwas zu. Im großen und ganzen lief jedoch die Bautätigkeit im Oktober noch auf vollen Touren. Nur 1.303 der zusätzlichen Arbeitslosen, die Ende Oktober bei den Arbeitsämtern gemeldet waren, hatten zuletzt im Baugewerbe oder in der Baustoffherstellung gearbeitet. Erst im November war - trotz anhaltend günstiger Witterung - ein stärkerer Arbeitslosenzuwachs aus dem Baugewerbe fühlbar. In der ersten Novemberhälfte stieg die Zahl der Arbeitslosen um 11.265; 7.163 (63'6%) der Neugemeldeten kamen aus Baugewerbe und Baustoffherstellung.

Die anhaltend günstige Lage auf dem Stellenmarkt - seit dem Sommer ist die Zahl der Stellensuchenden ständig um etwa 20.000 niedriger als im Vorjahr - kommt vor allem den jüngeren Jahr-

gängen zugute. Hingegen gelang es nur in geringerem Maße, auch die älteren Arbeitslosen aufzusaugen. So gab es am 31. August 1951 um 20.154 Arbeitslose weniger als am gleichen Vorjahrestag; während aber die Zahl der weniger als 50 Jahre alten Arbeitslosen um 17.767 — von 67.116 auf 49.349 — zurückgegangen war, verringerte sie sich bei den mehr als 50 Jahre alten Arbeitslosen nur um 2.387 von 22.430 auf 20.043.

Noch ungünstiger war die Entwicklung bei den weiblichen Arbeitslosen: Die Zahl der mehr als 50 Jahre alten Arbeitslosen war am 31. August 1951 sogar höher als ein Jahr vorher (+ 194), obwohl die Gesamtzahl der weiblichen Arbeitslosen um 5.119 abgenommen hatte. Damit beginnt das Altersproblem, das bisher nur bei den männlichen Arbeitslosen eine Rolle gespielt hatte¹⁾, auch bei den Frauen an Bedeutung zu gewinnen, und die steigende Überalterung der Arbeitslosen, die schon im Vorjahr feststellbar war²⁾, ist weiter fortgeschritten. Bei den Männern wuchs der Anteil der mehr als 50 Jahre alten Arbeitslosen von 33,7% im August 1950 auf 42,3% im August 1951, der mehr als 65 Jahre alten von 7,3% auf 10,3%; bei den Frauen waren die entsprechenden Zunahmen von 16,5% auf 19% und von 1,3% auf 1,5%.

Altersgliederung der Arbeitslosen am 31. August 1950 und 1951

Altersgruppe	Männer		Frauen		Insgesamt	
	1950	1951	1950	1951	1950	1951
16 und jünger ..	456	218	1.063	897	1.519	1.115
17—18	1.176	421	1.804	1.333	2.980	1.754
19—20	2.008	853	3.025	2.072	5.033	2.925
21—30	9.188	4.859	13.846	11.376	23.034	16.235
31—40	6.885	4.195	8.589	7.728	15.474	11.923
41—50	9.847	6.551	9.229	8.846	19.076	15.397
51—60	9.020	7.144	5.957	6.077	14.977	13.221
61—64	2.759	2.293	836	886	3.595	3.179
65 und älter ..	3.273	3.034	585	609	3.858	3.643
Insgesamt ...	44.612	29.568	44.943	39.824	89.546	69.392

in Prozent

16 und jünger ..	1'0	0'7	2'4	2'3	1'7	1'6
17—18	2'7	1'4	4'0	3'3	3'4	2'5
19—20	4'5	2'9	6'7	5'2	5'6	4'2
21—30	20'6	16'4	30'8	28'6	25'7	23'4
31—40	15'4	14'2	19'1	19'4	17'3	17'2
41—50	22'1	22'1	20'5	22'2	21'3	22'2
51—60	20'2	24'2	13'3	15'3	16'7	19'1
61—64	6'2	7'8	1'9	2'2	4'0	4'6
65 und älter ..	7'3	10'3	1'3	1'5	4'3	5'2
Insgesamt ...	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 598—599

Die Betriebsleistungen der Bundesbahnen im Güterverkehr erreichten im Monat Oktober mit 7.006 arbeitstäglich gestellten Wagen (Voll- und Schmal-

¹⁾ Siehe Nr. 5 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 252 ff. („Altersgliederung der Arbeitslosen“).

spur) eine Rekordhöhe. Die Monatsstellung lag um 25.826 Wagen über dem Stand des Vergleichsmonats 1950 und überschritt auch beträchtlich die Leistungen in den Vorjahren einschließlich der Vorkriegszeit. Für den Transport von Zuckerrüben in Höhe von 376.000 t wurden 20.919 Wagen gestellt, um 103% mehr als im Vorjahr. Die Wagenanforderungen konnten durch Einbeziehung aller verfügbaren Wagen, einen gut vorbereiteten Gestellungsplan, Heranziehung fremder Wagen und infolge Unterbrechung der Zeituntersuchungen sowie aller nicht unbedingt notwendiger Ausbesserungen zu 85% (1950: 76%) gedeckt werden. Außerdem konnte die Wagenumlautzeit auf 4,2 Tage herabgesetzt werden. Besonders angespannt war die Lage bei offenen Güterwagen. Die Transportleistung war mit 60,5 Mill. Netto-Tonnenkilometern (im September 50,5), 1,96 Mill. (1'80) Zugskilometern und 11,75 Mill. (10,88) Wagenachskilometern ebenfalls beachtlich hoch.

Im *Personenverkehr* sank die Zahl der verkauften Karten von 5,68 Mill. im September auf 5,10 Mill. im Oktober und war damit fast gleich hoch wie im Vorjahr. Während die Reise-Zugskilometer mit 3,15 Mill. nur wenig hinter dem Vormonat zurückblieben und demnach die Zugsdichte sich nur unerheblich verminderte, sanken die Wagenachskilometer infolge kürzerer Zuggarnituren um 12,5% auf 50,29 Mill.

Die *finanzielle Gebarung* der Bundesbahnen schloß in den ersten drei Quartalen 1951 mit Einnahmen in Höhe von 1,8 Mrd. S. und Ausgaben in Höhe von 2,71 Mrd. S. ab, von denen 2,41 Mrd. S. auf laufende Aufwendungen entfielen. Der Gesamtabgang betrug 911,1 Mill. S., der Betriebsabgang 609,8 Mill. S., womit das Defizit in der entsprechenden Vergleichszeit des Jahres 1950 um 145,4% und 406,1% überschritten wurde. Die Einnahmen deckten die gesamten Ausgaben nur noch zu 66,4% und die laufenden

Finanzielle Gebarung der Bundesbahnen in den ersten drei Quartalen 1950 und 1951

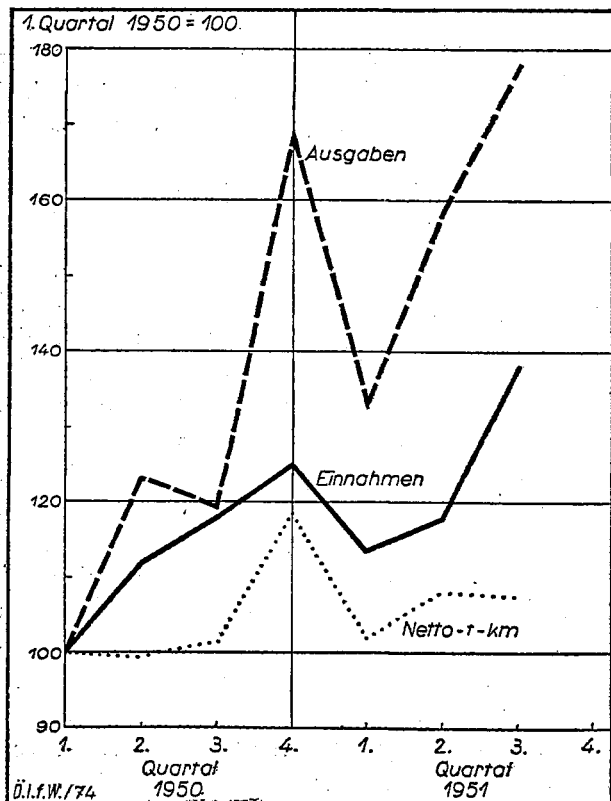
	1950		1951		1950 = 100
	I.—III. Quart.	I.—III. Quart.	I.—III. Quart.	I.—III. Quart.	
Einnahmen (Mill. S.)	1.608'3	1.801'9	1.801'9	112'0	
davon Güterverkehr	1.121'9	1.177'6	1.177'6	105'0	
Personenverkehr	420'5	478'7	478'7	113'8	
Ausgaben (Mill. S.)	1.979'5	2.713'0	2.713'0	137'1	
davon laufende	1.728'8	2.411'7	2.411'7	139'5	
sonstige	250'7	301'3	301'3	120'2	
Betriebsabgang insg. (Mill. S.)	371'2	911'1	911'1	245'4	
in laufender Gebarung	120'5	609'8	609'8	506'1	
Betriebszahl ¹⁾ insg.	81'2	66'4	66'4	81'8	
in laufender Gebarung	93'0	74'7	74'7	80'3	
Leistung (Mill. Netto-t-km)	4.921'4	5.187'0	5.187'0	105'4	
davon Güterverkehr	4.486'9	4.717'7	4.717'7	105'1	
Personenverkehr	435'6	469'3	469'3	107'7	
verkaufte Karten (Mill.)	47'2	46'9	46'9	103'5	

¹⁾ Einnahmen in % der Ausgaben.

Ausgaben zu 74,7% gegen 81,2% und 93,0% im Vergleichsjahr. Die Leistungen der Bundesbahnen, in Nutzlast-Tonnenkilometern gerechnet, erhöhten sich um 5,4%, so daß die Einnahmensteigerung um 12% knapp zur Hälfte auf den Leistungszuwachs zurückzuführen ist, während die um 37% erhöhten Ausgaben hiervon nur geringfügig beeinflußt wurden.

Die Verschlechterung in der finanziellen Gebarung der ÖBB — für das Jahr 1951 wird das Gesamtdefizit mindestens 1,5 Mrd. S betragen, um 93% mehr als im Jahre 1950 — setzte im vierten Quartal 1950 ein und ist eine Folge des internationalen und inländischen Preis-Lohn-Auftriebes seit Mitte 1950. Die durchschnittlichen Materialkosten¹⁾ überschritten im Dezember 1950 um 22%, im September 1951 um 67% und die Lohnkosten²⁾ um 11%, und 52% den Stand

Finanzielle Gebarung und Leistung der ÖBB
(Normaler Maßstab; I. Quartal 1950 = 100)



Die Preissteigerungen seit Mitte 1950 erhöhten die Ausgaben der ÖBB sprunghaft. Die geringen, und erst seit Juli 1951 wirksamen Tarifierhöhungen konnten die Kostensteigerung ebensowenig ausgleichen wie die Mehreinnahmen infolge höherer Transportleistung. Das Defizit stieg daher von 371,2 Mill. S in den ersten drei Quartalen 1950 auf 911,1 Mill. S im Jahre 1951 und dürfte bis Jahresende 1,5 Mrd. S erreichen.

¹⁾ Index für Industriestoffe.

²⁾ Bruttoverdienste der öffentlichen Bediensteten.

vom Juni 1950, während die Steigerung des Tarifindex in dieser Zeitspanne im Güterverkehr nur 10% (seit 1. Juli 1951) und im Personenverkehr 18% (seit 1. September 1951) betrug. Unter diesen Umständen mußten die Mehreinnahmen selbst bei steigendem Verkehrsvolumen weit hinter den Mehrausgaben zurückbleiben. Die Kosten-Tarifschere, die sich nach der Tarifreform vom Juni 1949 für kurze Zeit nahezu geschlossen hatte, öffnete sich wieder rasch.

Der Anteil des Betriebsabganges am Gesamtabgang hat sich von 33% auf 67% erhöht. Diese völlige Umkehrung in der Rangordnung der Verlustquellen ist budgetär wie ökonomisch bedenklich, da nicht allein ein laufendes Betriebsdefizit in Höhe von 34% der Einnahmen (1950: 8%) untragbar ist, sondern hierdurch auch die notwendigen Investitionen gekürzt werden müssen, wodurch wiederum die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Verkehrsmitteln sowie ausländischen Bahnen beeinträchtigt wird.

Gesamtabgang und Betriebsabgang seit Juli 1949

Quartal	Gesamtabgang		Betriebsabgang	
	Mill. S	1950=100	Mill. S	in % von Gesamt
1949 III.	100'2	87'2	13'0	13'0
IV.	317'9	87'6	100'2	31'5
1950 I.	90'2	100'0	19'3	21'4
II.	166'1	100'0	79'9	48'1
III.	114'9	100'0	21'3	18'5
IV.	362'8	100'0	153'1	42'2
1951 I.	215'6	239'0	120'3	55'8
II.	341'1	205'4	231'9	68'0
III.	354'4	308'4	257'6	72'7

Eine Erhöhung der Gütertarife sowie ein Abbau der sozialen Fahrpreismäßigungen (eventuell durch Zuschüsse des Sozialministeriums, die freilich für das Staatsbudget keine Entlastung brächten) werden daher unausbleiblich sein, auch wenn die Bundesbahnen auf Grund der Untersuchungsergebnisse des Rechnungshofes die anscheinend dringend notwendigen Reorganisationsmaßnahmen durchführen sollten. Der Voranschlag für das Jahr 1952 präliminiert die Gesamtausgaben mit 4.912,1 Mill. S; die Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1951 beträgt bei den persönlichen und den sachlichen Ausgaben rund 49% und entspricht ungefähr der Kostensteigerung. Die Betriebseinnahmen wurden mit 3.843,9 Mill. S veranschlagt, d. s. 58% mehr als 1951, so daß der Gesamtabgang mit 1.068,2 Mill. S das veranschlagte Defizit 1951 um 12,7% überschreiten würde.

Die erheblich geringere Steigerung des Defizits als die der Ausgaben (13% gegen 49%) ist durch eine vorgesehene Erhöhung (und Reform) des Gütertarifes bedingt; sie müßte 50 bis 60% betragen, da dem Voranschlag nahezu die gleichen Leistungen wie im Jahre 1951 zugrunde liegen. Für die Wirtschaft würde

Budgetvoranschlag der ÖBB für 1952¹⁾

Ausgaben	Voranschlag		Einnahmen	Voranschlag	
	1952	1951=100		1952	1951=100
	Mill. S		Mill. S		
1. Persönliche	2.401'3	146'8	1. Personenverk. . .	713'6	119'3
2. Sachliche	1.910'8	157'2	2. Güterverk.	2.889'4	167'3
1+2.....	4.312'1	151'2	3. Allgemeine.....	240'9	230'3
3. Investitionen ...	600'0	133'5	1+2+3	3.843'9	158'2
			4. Abgang.....	1.068'2	112'7
1+2+3.	4.912'1	148'9		4.912'1	—

¹⁾ Einschließlich Kraftwagendienst der ÖBB.

dies eine zusätzliche Frachtbelastung von zirka 1'1 Mrd. S bedeuten. Da die Frachtbelastung in den oberen Tarifklassen mit durchschnittlich 1 bis 2%, des Güterwertes abnormal tief ist, in den unteren Klassen aber mitunter 20 bis 30% beträgt (eine Folge der Straßenkonkurrenz), wäre auch eine Tarifreform — Verstärkung des Werttarifes — erforderlich, die die Tarife in den oberen Tarifklassen über 60% steigern müßte. Eine generelle Erhöhung wie Reform ist jedoch nur nach einer Einigung über das Wettbewerbsproblem möglich. Die laufenden Verhandlungen werden aber kaum vor Frühjahr 1952 wirksam abgeschlossen werden können, so daß das veranschlagte Defizit — bei unverändertem Lohn- und Preisniveau — voraussichtlich stark überschritten werden dürfte. Außerdem ist es fraglich, ob das zukünftige Güterverkehrsgesetz den Bahnen eine Tarifierhöhung und -reform in diesem Ausmaß gestattet.

Im *Fremdenverkehr* sanken die Übernachtungen von 1'63 Mill. im September auf 710.100 (vorläufige Zahl) im Oktober, die der Ausländer von 586.100 auf 160.300; an Deviseneinnahmen wurden 29 02 Mill. S erzielt. Nach den vorläufigen Ergebnissen schloß die Sommersaison (Mai bis Oktober) mit 12'2 Mill. Übernachtungen, von denen 8'0 Mill. auf den Inländer- und 4'2 Mill. auf den Ausländerverkehr entfielen. Die Frequenz im Jahre 1950 wurde um 18'5% (26'4% im Ausländerverkehr und 14'8% im Inländerverkehr) überschritten. Die Steigerung der Deviseneinnahmen (um 46% auf 475 Mill. S) ist sowohl auf die höhere Frequenz als auch auf die weitere Verdrängung des Schwarzen Devisenmarktes zurückzuführen.

Vorläufige Ergebnisse der Sommersaison im Fremdenverkehr 1951

(1. Mai bis 31. Oktober)

	1951	1950	1950=100
Übernachtungen			
Insgesamt (in 1.000)	12.189	10.287	118'5
davon Inländer	8.040	7.005	114'8
Ausländer	4.149	3.282	126'4
Deviseneinnahmen			
Mill. S	475	325	146'2
Mill. \$	18	13	146'2

Zur Unterstützung des Fremdenverkehrs haben die Bundesbahnen mit Wirkung vom 15. Dezember

1951 ein „Austria-Abonnement“ für Ausländer eingeführt, das jederzeit gelöst werden kann und zu örtlich unbegrenzten Reisen auf den Bundesbahnstrecken berechtigt. Der Preis für die 3. Klasse beträgt bei siebentägiger Gültigkeit 300 S, bei vierzehntägiger 450 S; für die 2. Klasse 510 S und 765 S. Dieses bereits bei anderen Bahnverwaltungen erprobte Abonnement dürfte sich in Österreich vor allem in den Sommermonaten als ein geeignetes Werbemittel erweisen.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 600—602

Die *Einfuhr* stieg im Oktober um 120'8 Mill. auf 1.166'5 Mill. S und hielt ungefähr den Durchschnitt der Vormonate. Die kommerzielle Einfuhr überstieg den bisherigen Höchststand vom März dieses Jahres um 3 Mill. S und erreichte mit 998'1 Mill. S nahezu die Milliardengrenze. Hingegen sanken sehr stark die ERP-Einfuhren, wie die nunmehr revidierten Zahlen für die Monate Juli bis September zeigen; sie betragen im Oktober nur 168'4 Mill. S gegen 233'1 Mill. S im September; es ist dies der niedrigste Wert seit Jänner d. J. Sie bestanden vorwiegend aus Lieferungen von Kohle (56%), Mais, Fetten, Maschinen und Tabak (7 bis 9%).

Für das Ergebnis der kommerziellen Einfuhr war vor allem eine starke Importzunahme bei Halb- und Fertigwaren maßgebend. Es stieg zwar auch die Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhr gegen September nicht unbedeutend, sie blieb jedoch hinter dem in früheren Monaten dieses Jahres verzeichneten Stand zurück. Die stärksten Zunahmen zeigen sich bei den Importen von Textilien (Garnen, Zwirnen und Geweben), Eisen und Stahl, vor allem aus den OEEC-Ländern; die Einfuhr aus diesen Ländern stieg von 585 Mill. S auf 721 Mill. S und näherte sich damit wieder den im Frühjahr ausgewiesenen Einfuhrwerten. Sehr stark stieg auch die Einfuhr aus Ungarn dank Lieferungen von Weizen, Reis, Zucker, Fetten, Öl und einer Reihe anderer Waren, nämlich von 15'4 Mill. S im September auf 36'3 Mill. S im Oktober. Dadurch konnte die noch bestehende Clearingschuld Ungarns getilgt werden, so daß sich der Export nach Ungarn, der seit Beginn dieses Jahres unter der teilweisen Blockierung des Clearings gelitten hatte, wieder erholen konnte.

Die *Ausfuhr* ging im Oktober um 24'3 Mill. (2'9%) auf 825'2 Mill. S zurück. Bei Berücksichtigung der Saisoneinflüsse war der Rückgang etwas größer (6%) und der Oktoberstand trotz erhöhten Preisen der niedrigste seit Mai. Die Ausfuhr erreicht daher

noch immer nicht die Milliardengrenze, die in letzter Zeit vielfach als Mindestziel hingestellt wurde, weil so ein Ausgleich für die verringerte ERP-Hilfe geschaffen werden könne. Auch lassen die bereits bewilligten Ausfuhrgeschäfte — die auf Grund der Erfahrungen der letzten zwei Jahre eine gewisse Prognose bis zum Jahresende zulassen¹⁾ — für November und Dezember keinen Aufschwung im Export erwarten, wie er etwa Ende 1950 eintrat. Eher läßt sich aus den vorhandenen Anzeichen schließen, daß die Ausfuhr im November noch weiter zurückgehen und sich im Dezember nur wenig erholen wird. Jedenfalls kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Ausfuhr in den beiden letzten Monaten dieses Jahres den Wert von 875 Mill. S nicht übersteigen (d. h. hinter dem im Juli dieses Jahres erreichten Höhepunkt zurückbleiben wird) und fast sicher nicht über 960 Mill. S hinauskommen wird.

Die Struktur der Ausfuhr zeigte gegenüber den Vormonaten keine erwähnenswerten Verschiebungen. Im allgemeinen hielten sich die konjunkturbedingten Exporte besser als die anderen. Eisen und Stahl sowie Metallwaren erreichten neue Ausfuhrrekorde und auch der Papier- und Pappenexport hielt sich auf einem hohen Niveau; hingegen schnitten die Konsumfertigwaren etwas schlechter ab, insbesondere die Ausfuhr von Bekleidung blieb hinter dem Durchschnitt der Vormonate beträchtlich zurück.

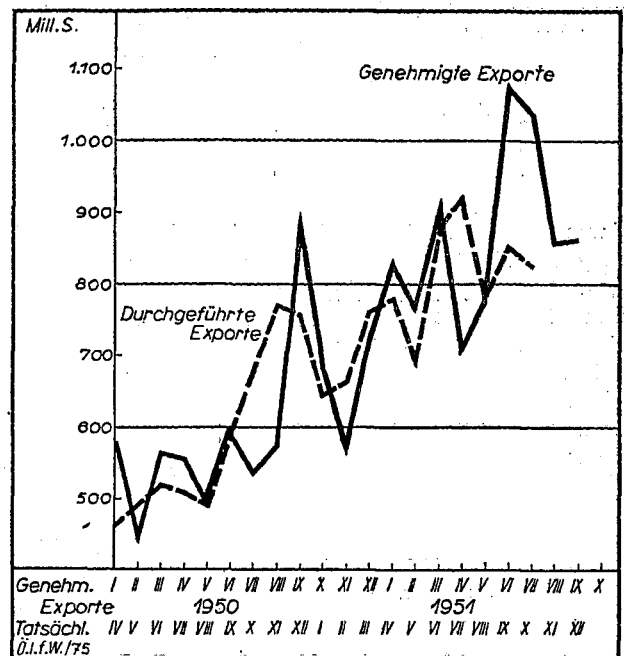
Bewilligte und durchgeführte Exporte

Die Ergebnisse des Außenhandels können infolge des umfangreichen aufzuarbeitenden Materials erst drei bis vier Wochen nach Ende des Monats vorgelegt werden. Die wirtschaftspolitische Bedeutung des Exportes macht es andererseits wünschenswert, möglichst immer schon über die laufende oder gar die voraussichtliche zukünftige Gestaltung des Außenhandels orientiert zu sein. Das legt den Gedanken nahe, die aus der Außenhandelskontrolle anfallenden Ziffern der bewilligten Exportgeschäfte für eine Prognose der tatsächlichen Ausfuhrentwicklung auszuwerten.

Eine solche Prognose stößt jedoch auf verschiedene Schwierigkeiten. Die wichtigsten sind: 1. Nicht alle bewilligten Geschäfte werden auch tatsächlich oder zu dem ursprünglich festgelegten Wert durchgeführt (dies trifft insbesondere bei Kompensationsgeschäften zu); 2. nicht alle Exportgeschäfte werden der Zentralstelle für Ein- und Ausfuhr zur Bewilligung vorgelegt (gewisse Waren und Geschäfte sind bewilligungsfrei oder unterstehen der Kompetenz der Bundesländer); 3. zwischen der Bewilligung eines Geschäftes und seiner Durchführung liegt ein Zeitraum, dessen Länge nicht bekannt ist und der außerdem von Geschäft zu Geschäft variiert; 4. da die Erhebung der bewilligten und der tatsächlich durchgeführten Export-

¹⁾ Siehe diesbezüglich die Bemerkungen am Ende dieses Abschnittes.

Genehmigte und durchgeführte Exporte (Normaler Maßstab; in Mill. Schilling; dreimonatige Phasenverschiebung)



Die Erfahrung der letzten beiden Jahre zeigt, daß die Exportgenehmigungen und die drei Monate später durchgeführten tatsächlichen Exporte annähernd parallel verlaufen. Obwohl diese Übereinstimmung beider Reihen nicht sehr groß ist, so kann sie doch als Grundlage für grobe Vorausschätzungen des Exports benützt werden. So lassen die Exportbewilligungen vom August und September erwarten, daß die tatsächliche Ausfuhr auch im November und Dezember nicht den dringend nötigen Aufschwung nehmen und die als monatliches Exportziel für 1951/52 genannte Zahl von 1 Mrd. S nicht erreichen wird.

Bewilligte und durchgeführte Exporte

1950	Exporte in Mill. S		1951	Exporte in Mill. S	
	Bewilligte	Durchgeführte		Bewilligte	Durchgeführte
I.	570'8	341'8	I.	826'5	641'0
II.	445'2	402'6	II.	766'1	665'0
III.	565'9	497'4	III.	901'7	760'0
IV.	556'6	462'6	IV.	707'1	779'2
V.	496'1	490'5	V.	777'1	691'4
VI.	594'0	520'8	VI.	1.075'4	877'5
VII.	535'0	510'8	VII.	1.037'2	918'2
VIII.	573'7	493'0	VIII.	855'9	777'0
IX.	876'3	592'5	IX.	861'3	849'5
X.	679'8	678'4	X.		825'2
XI.	569'9	765'1			
XII.	723'6	757'1			

geschäfte von verschiedenen Stellen besorgt wird, können sich statistische Diskrepanzen ergeben.

Wegen dieser Schwierigkeiten schien bisher der Versuch, aus den Ausfuhrbewilligungen den voraussichtlichen Verlauf des Exports herauszulesen, nicht sehr erfolgversprechend. Eine neuerliche Überprüfung der Daten für 1950 und 1951 läßt jedoch erkennen, daß mit der Einschränkung der

Veränderungen bei bewilligten und durchgeführten Exporten

bei einer Phasenverschiebung von ... Monaten	Die monatlichen Veränderungen bei bewilligten und durchgeführten Exporten verlieten 1950 und 1951	
	in gleicher	in verschiedener
	Richtung in folgender Zahl von Fällen	
0	9	11
1	10	10
2	11	8
3	12	6
4	6	11

Kompensationsgeschäfte und der allgemeinen Normalisierung des Außenhandels die Exportbewilligungen besser als bisher mit den durchgeführten Exporten und ihren monatlichen Veränderungen übereinstimmen. Diese Übereinstimmung ist am stärksten, wenn man annimmt, daß zwischen Exportbewilligung und wirklicher Ausfuhr drei Monate vergehen. Obwohl durch diese Zeitverschiebung noch immer keine sehr enge Korrelation zwischen beiden Reihen erzielt wird, so dürfte sie doch für grobe Voraus-

sagen¹⁾, wie sie oben versucht wurden, unter der Voraussetzung genügen, daß nicht veränderte Außenhandelsbestimmungen oder Änderungen in der Struktur und den Lieferbedingungen des Exports selbst grobe Prognosen unmöglich machen.

¹⁾ Der Korrelationskoeffizient zwischen bewilligten und durchgeführten Exporten beträgt bei einer dreimonatigen Phasenverschiebung 0,76, die (lineare) Korrelationsgleichung $Y = 0,6 X + 268,7$, wobei $X =$ bewilligte Exporte und $Y =$ durchgeführte Exporte darstellen. Die Standardabweichung dieser Gleichung beträgt 90%. Da die bewilligten Exporte für August und September 855,9 Mill. S und 861,3 Mill. S betragen, ergibt sich demnach, daß die tatsächlichen November- und Dezemberexporte mit einer 68%igen Wahrscheinlichkeit innerhalb der Grenzen 782,2 Mill. S \pm 90% und 785,4 Mill. S \pm 90%, oder mit einer 95%igen Wahrscheinlichkeit innerhalb der Grenzen 782,2 Mill. S \pm 176,6 und 785,4 Mill. S \pm 176,6 liegen werden. Auf diesen Grundlagen basieren die Voraussagen für den November- und Dezemberexport, die weiter oben im Text gemacht wurden.

Der Außenhandel mit Textilien und Bekleidung

Bedeutung der Textilien in Österreichs Außenhandel

Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist eine der wichtigsten Konsumgüterindustrien in jedem Lande, sie befriedigt lebenswichtige so gut wie Luxusbedürfnisse. In Österreich waren im Jahre 1938 (31. März) 110.393 und im Jahre 1951 (1. Februar) 164.523 Personen in der Textil- und Bekleidungsindustrie (einschließlich Gewerbe) beschäftigt, d. s. 24,3% und 19,7% der in Industrie und verarbeitendem Gewerbe Beschäftigten.

Die hohe Bedeutung der Textilindustrie im Rahmen der heimischen Produktion spiegelt sich auch im Außenhandel wider. Österreich ist auf den Import der meisten Textilrohstoffe aber auch verschiedener Textilfertigwaren angewiesen; gleichzeitig bringt der Auslandsabsatz von Textilien wichtige Devisen und sichert die ökonomische Auslastung der Textil- und Bekleidungsindustrie. In den Vorkriegsjahren entfiel stets mehr als ein Fünftel des Einfuhrwertes und etwa ein Viertel des Ausfuhrwertes auf Textilien und Bekleidung. Heute sind die Anteile bedeutend niedriger: auf beiden Seiten etwa 15%. Aber auch heute spielt der Textilaußenhandel noch eine entscheidende Rolle, um so mehr, als seine relative Bedeutung mit dem Wegfall der rüstungsbedingten Sonderkonjunkturen und Handelshemmnisse im internationalen Bereich wieder zunehmen dürfte.

Anteil der Textilien einschließlich Bekleidung am Außenhandel

Jahr	Einfuhr	Prozent	
		Ausfuhr	
1924	27,7	35,4	
1929	23,9	29,3	
1932	20,0	27,5	
1937	21,0	23,1	
1950	15,8	15,2	
1951 (Jänner—September)	15,3	14,0	

Langfristige Tendenzen

Der Außenhandel mit Textilien und Bekleidungsgegenständen unterlag schon seit dem ersten Weltkrieg sowohl auf der Einfuhrseite als auch auf der Ausfuhrseite einem allmählich fallenden Trend.

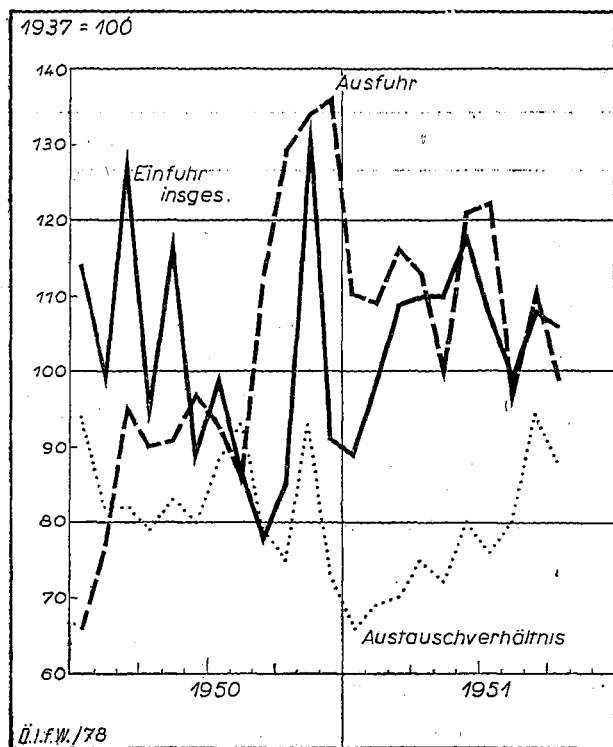
Das Volumen der Textileinfuhr sank von 100 im Jahre 1924 auf 97 im Jahre 1929 und 59 im Jahre 1937, das Volumen der Textilausfuhr von 100 auf 96 und 61. Auch ihr Anteil am gesamten Außenhandel verminderte sich stetig. Im Jahre 1924 entfielen noch 28% der Gesamteinfuhr auf Textilien, im Jahre 1937 nur 21%. Gleichzeitig ging ihr Anteil an der Gesamtausfuhr von 35% auf 23% zurück.

Außenhandel mit Textilien (einschl. Bekleidung)

Jahr	Einfuhr	Mill. S	
		Ausfuhr	
1924	956,2	696,8	
1929	780,6	641,6	
1932	276,9	210,2	
1937	305,7	281,2	
1950	1.456,8	986,6	
1951 (Jänner—September)	1.569,5	973,9	

Entwicklung des Außenhandelsvolumens und der Austauschverhältnisse im Außenhandel

(Natürlicher Maßstab; 1937 = 100)



Das Volumen der österreichischen Ausfuhr zeigt seit dem Höhepunkt im November und Dezember 1950 eine sinkende Tendenz. Im Oktober 1951 wurde dem Volumen nach um 23% weniger exportiert als im gleichen Monat des Vorjahres. Dieser starke Rückgang der Ausfuhr wurde nur teilweise durch eine Verbesserung der Austauschverhältnisse kompensiert, die sich nach dem Tiefpunkt zu Beginn des Jahres rasch wieder erholten und gegenwärtig wieder annähernd den Stand vor Ausbruch des Koreakonfliktes erreichen.

rationen und 13. Monatsgehalt etwa 1'5 Mrd. S zusätzliche Konsumentenkaufkraft auf den Markt strömen und die Umsätze saisongemäß stark beleben werden, so lassen doch die vorsichtige Geldpolitik und der Rückgang des Realeinkommens wichtiger Konsumentengruppen seit dem fünften Preis-Lohn-Abkommen auf längere Sicht einen schwachen Geschäftsgang im Einzelhandel erwarten, sofern die Löhne und Gehälter annähernd stabil bleiben. Im November wurden nur in einigen Berufsgruppen von geringerer Bedeutung (Arbeiter in Weinkellereien und Kinos, Angestellte bei Zahnärzten) neue Kollektivverträge mit höheren Löhnen abgeschlossen.

Die *Industrieproduktion* belebte sich in den Herbstmonaten saisongemäß. Der Produktionsindex war im September mit 171'4% von 1937 um 3'4% höher als im August, ohne den bisherigen Höchststand vom Juni d. J. (181% von 1937) zu erreichen. Im

Oktober ist die Bergbauproduktion um weitere 5% und die der eisenschaffenden Industrie um 11% gestiegen; das allgemeine Produktionsniveau dürfte daher trotz saisonmäßigen Rückschlägen in der Baustoffindustrie und in der Metallindustrie (Produktionseinschränkung in Ranshofen) zumindest gehalten worden sein. Der Verkäufermarkt, verbunden mit einer empfindlichen Knappheit an wichtigen Rohstoffen und Vorprodukten, hält vor allem in den Investitionsgüterindustrien unvermindert an. Nicht nur bei Walzwaren, sondern auch in der Elektroindustrie, im Fahrzeugbau und in großen Teilen der Maschinenindustrie erreichten die Auftragsbestände ein Vielfaches der laufenden Monatsproduktion. Nur einige wenige, vor allem exportorientierte Konsumgüterindustrien (z. B. die Zündholz- und Glaswarenerzeugung) klagen über Absatzmangel.

Der hohe Stand der Industrieproduktion sowie die dank mildem Wetter auch in den Herbstmonaten noch rege Bautätigkeit schwächen den Saisonübergang auf dem *Arbeitsmarkt* ab. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Oktober noch um 2.900 (im Vorjahr um 2.600) und ging erst im November um 21.100 zurück (23.000). Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit in beiden Monaten um 3.800 und 20.900 (davon stammten 13.100 aus der Bau- und Baustoffindustrie) gegen 3.500 und 28.700 im Vorjahr. Ende Oktober registrierten die Arbeitsämter 70.750 verfügbare Stellensuchende, d. s. 3'3% des Angebotes an Arbeitskräften (1950 4'3%).

Um eine übermäßige Winterarbeitslosigkeit zu vermeiden, hat das Referentenkomitee für Vollbeschäftigung auch in diesem Winter eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen. Außer der allgemeinen Empfehlung, Bauarbeiten soweit technisch möglich auch im Winter durchzuführen, wurden von der ERP-Freigabe des IV. Quartals 1951 ausdrücklich 70 Mill. S für Bauprojekte im Winter vorbehalten. Weiters sollen den Bauherren aus den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge die Mehrkosten für das Bauen im Winter ersetzt werden. Der quantitative Effekt dieser Maßnahmen läßt sich indessen noch kaum abschätzen. Bedenkt man, daß die Verteuerung und Verknappung des Kredites die Bauwirtschaft besonders trifft und viele für Bauzwecke in den öffentlichen Budgets vorgesehenen Mittel vorzeitig erschöpft wurden, so ist es durchaus möglich, daß die Winterarbeitslosigkeit auch heuer den Höchststand vom Winter 1950/51 erreicht.

Eine bedenkliche Entwicklung nimmt der österreichische *Außenhandel*. Die Ausfuhr ging im Oktober um 2'3 Mill. S auf 825'2 Mill. S zurück,

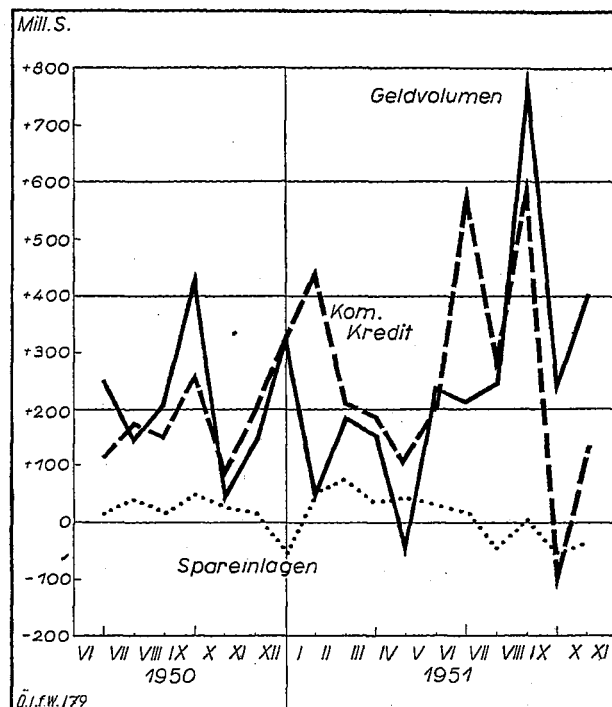
obwohl saisongemäß eine Steigerung zu erwarten war. Die Entwicklung der genehmigten Außenhandels-geschäfte läßt vermuten, daß auch im November und Dezember eine stärkere Belebung ausbleiben und das Exportziel von 1 Mrd. S monatlich nicht erreicht werden wird. Das Ausfuhrvolumen ist seit dem Höhepunkt vom November und Dezember 1950, wo fast ein Drittel mehr exportiert wurde als im Durchschnitt 1937, stark zurückgegangen (siehe Schaubild). Im Oktober wurde dem Volumen nach nur knapp soviel exportiert wie vor dem Krieg und um 23%, weniger als im Oktober 1950. Die Entscheidung der österreichischen Bundesregierung, die Belassungsquoten aufzuheben, wird gewiß einen strafferen Devisenhaushalt ermöglichen – vor allem wenn sich die als Ersatz für die Belassungsquoten vorgesehenen „Devisenerwerbszusagen“ tatsächlich auf den Devisenbedarf der Exporteure für ausländische Rohstoffe beschränken –, andererseits aber das Erreichen der Exportziele fürs erste zusätzlich erschweren.

Um so wichtiger ist es, daß die *Währungspolitik* die schwierige Wettbewerbslage der Exportindustrien erleichtert, indem sie die Preissenkungen im Inlande durch Knapphalten des Geldes verstärkt. Die bisherigen Bemühungen, die Vermehrung der Geldmenge zu bremsen, waren nur teilweise erfolgreich. Wohl hat das neue Kreditabkommen sowie die zurückhaltende Rediskontpolitik der Notenbank den Spielraum der Banken für zusätzliche Kredite eingengt. Das gesamte Geldvolumen nahm aber auch im September und Oktober noch um 241 Mill. S und 401 Mill. S zu gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 132 Mill. S im 1. Halbjahr 1951. Im November ist der Notenumlauf wegen der hohen Barauslagen der Betriebe für Weihnachtsremunerationen von neuem ungewöhnlich stark – um 533 Mill. S – gestiegen. Wie weit der erhöhte Bargeldbedarf aus dem bestehenden Geldvolumen (aus den Scheckkonten der Betriebe) oder durch zusätzliche Geldschöpfung (Kreditausweitung) der Banken finanziert wurde, ist noch nicht bekannt. Wie immer sich aber die Währungslage Ende November im Zahlenbild der Statistik präsentieren wird, zweifellos ist es bisher nicht gelungen, von der Geldseite her einen stärkeren Druck auf die Warenpreise auszuüben oder auch nur ausgeglichene Märkte zu schaffen.

Um der mit dem Kreditabkommen und der Kürzung der Rediskontzusagen der Notenbank eingeleiteten stärkeren währungspolitischen Aktivität mehr Nachdruck zu verleihen, hat sich daher der Generalrat der Österreichischen Nationalbank Anfang Dezember entschlossen, die Bankrate, die seit dem Jahre 1935 3,5% betrug, auf 5% zu erhöhen. Dementspre-

Entwicklung des Geldvolumens, der Spareinlagen und der kommerziellen Kredite¹⁾

(Natürlicher Maßstab; monatliche Veränderungen in Mill. S)



¹⁾ Binschließlich Vorfinanzierung von Aufbaukrediten.

Obwohl das Kreditabkommen den Spielraum der Banken für kommerzielle Kredite einengte, ist das Geldvolumen auch im September und Oktober noch stärker gestiegen als im 1. Halbjahr 1950. Die saisonmäßige Anspannung des Geldmarktes zu Weihnachten läßt gegen Jahresende eine weitere Zunahme des Geldvolumens erwarten. Im Gegensatz zur Entwicklung der Geldmenge sind die Spareinlagen seit Juni 1951 ständig gesunken und lagen im Oktober nur wenig über dem Vorjahresstand (der reale Wert der Spareinlagen ist wegen der Preissteigerungen um ein Viertel gesunken).

chend werden sowohl die Zinsen für kurz- und mittelfristige Bankkredite als auch die Habenzinsen der Kreditinstitute erhöht werden¹⁾. Für diesen Entschluß war nicht zuletzt entscheidend, daß sich in letzter Zeit fast alle westeuropäischen und viele überseeischen Staaten von der Politik des „billigen“ Geldes abkehrten und stärker als bisher finanzielle Stabilität mit währungs- und kreditpolitischen Maßnahmen zu sichern suchen. Allein seit Ausbruch des Koreakonfliktes haben Belgien, Dänemark, Westdeutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, die Niederlande, Schweden und die Vereinigten Staaten ihre Bankrate vielfach mit bemerkenswertem Erfolg erhöht.

¹⁾ Die Zinsen für Spareinlagen werden voraussichtlich ebenso stark wie die Bankrate, die Zinsen für Scheckeinlagen hingegen nur geringfügig erhöht werden. Da die Einlagen der Banken vorwiegend aus Scheckkonten bestehen, wird sich als Nebeneffekt der Zinserhöhung die Ertragslage der Kreditinstitute verbessern.

Gewiß darf man unter den gegenwärtigen österreichischen Verhältnissen von einer Erhöhung des kurzfristigen Zinses allein keine umwälzenden Änderungen erwarten. Die rasche und tiefgreifende Wirkung, die Diskonterhöhungen in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und selbst noch in den Zwanzigerjahren ausübten, war freizügigen internationalen Kapitalbewegungen, einer hohen Zinsempfindlichkeit des Großhandels mit Stapelprodukten und nachhaltigen psychologischen Reaktionen der Wirtschaft zu danken. Außerdem steigerte die Diskonterhöhung infolge des engen Zusammenhanges zwischen Geld- und Kapitalmarkt regelmäßig auch den Kapitalmarktzins und drosselte damit indirekt die besonders zinsempfindlichen langlebigen Investitionen.

Alle diese Voraussetzungen fehlen heute überhaupt oder treffen nur sehr unzulänglich zu. Die Zäune der Devisenbewirtschaftung schließen Bewegungen kurzfristigen Auslandskapitals aus, der Großhandel mit wichtigen Schlüsselprodukten wird heute gelenkt oder arbeitet mit genormten Spannen; ein mit einer fein differenzierten Skala von Zinssätzen ausgestatteter Kapitalmarkt schließlich, der in engem Zusammenspiel mit dem Geldmarkt Höhe und Richtung der Investitionen bestimmt, fehlt so gut wie überhaupt. Die langfristigen Investitionen der österreichischen Wirtschaft werden gegenwärtig fast ausschließlich aus Eigenmitteln der Betriebe, ERP-Krediten oder öffentlichen Mitteln finanziert und entziehen sich weitgehend dem marktwirtschaftlichen Wirkungszusammenhang. Nicht zuletzt ist unsere von starken Lenkungselementen durchsetzte Wirtschaft an viel gröbere wirtschaftspolitische Eingriffe gewöhnt, so daß sie auf die von einer Zinserhöhung bewirkte Änderung der Kosten- und Ertragslage nur zögernd reagieren dürfte.

Aus diesen Gründen hat die Diskontpolitik mehr psychologische und grundsätzliche als unmittelbare praktische Bedeutung. Zunächst wird der Entschluß der Notenbank, die Bankrate um 15% zu erhöhen, zweifellos von der Wirtschaft als ein Signal aufgefaßt, daß die Währungsbehörden die Gelddecke knapp halten werden. Das allein kann schon die Erwartungen der Unternehmer beeinflussen und ihre Dispositionen innerhalb bestimmter Grenzen ändern. Aber auch prinzipielle Erwägungen sprechen für eine aktive Zinspolitik. Echtes Kapital ist gegenwärtig äußerst knapp. Diese Knappheit soll dem einzelnen Unternehmer nicht nur dadurch bewußt werden, daß es ihm je nach seinen Bankverbindungen mehr oder weniger schwer fällt, einen Kredit zu bekommen, sondern auch durch die Höhe des Preises, den er für Kapitaldispositionen zu zahlen hat.

Im übrigen aber muß das Schwergewicht der Stabilisierungspolitik auf der mengenmäßigen Begrenzung des Kreditvolumens, der Senkung der öffentlichen Ausgaben und der Umschichtung der Counterpart-Investitionen auf konsumnahe Produktionsstufen liegen. Erst wenn es dank diesen Maßnahmen gelingt, in Unternehmern und Unselbständigen die Erwartung anhaltender Preisstabilität zu festigen, wird die Wirtschaft selbst starke stabilisierende Kräfte entfalten, auf deren Hilfe die Wirtschaftspolitik in hohem Maße angewiesen ist. Es darf nicht übersehen werden, daß die Betriebe bisher wegen des anhaltenden Preisauftriebes ohne größeres Risiko mit einem hohen negativen Zins kalkulieren konnten. Wer vor einem Jahr einen Bankkredit aufnahm, der ihm (einschließlich Nebenspesen) 8,5% Kreditkosten verursachte, genoß als Schuldner praktisch eine negative Zinsrate von 20,3%, da die Preise seitdem um 36% gestiegen sind. Müssen die auf Fremdkapital angewiesenen Unternehmer hingegen in Zukunft mit stabilen Preisen rechnen, so entsprechen den neuen nominalen Bankzinsen von durchschnittlich 10% auch reale Zinsen in gleicher Höhe. Das bedeutet, daß sich für sie die tatsächlichen Kreditkosten um 30,3% erhöhen. Eine solche durch Änderung der Preiserwartungen bewirkte Kreditverteuerung würde zweifellos die Kreditnachfrage stark drosseln, die Auflösung spekulativer Lager beschleunigen und damit entscheidend zur Wiederherstellung ausgeglichener Märkte beitragen.

Auch das Angebot echten Sparkapitals wird bei stabilen Preisen steigen. Wohl wird das langfristige Sparen der Unselbständigen und die Veranlagung der Ersparnisse auf dem Kapitalmarkt noch auf längere Sicht nur geringe Bedeutung haben, da das Realeinkommen vieler Bevölkerungsschichten, vor allem der Beamten und Angestellten, die erfahrungsgemäß eine hohe Sparneigung besitzen, noch unter dem Vorkriegsstand liegt und die jahrelange Lähmung des Spartriebes durch Geldverschlechterung und politische Unsicherheit eine tiefwurzelnde Ausgabenfreudigkeit geschaffen hat. Viele Betriebe und Haushalte jedoch, die bisher wegen des anhaltenden Preisauftriebes nur äußerst geringe Liquiditätsreserven hielten — die Spareinlagen betragen gegenwärtig bei einem annähernd vorkriegsmäßigen Sozialprodukt nur ein Siebentel von 1937 —, werden bei stabilen Preisen ihre Einkommensrücklagen für größere einmalige und unvorhersehbare Ausgaben erhöhen. Diese Rücklagen sind zwar vom einzelnen Sparer aus gesehen kurzfristig, aber für die gesamte Volkswirtschaft bedeuten sie doch eine Zunahme des Sparfonds, der für Investitionen verwendet werden kann.